

la gauche

Klimawandel
und Energie

8





Inhalt



<i>Francis Wurtz</i> Europa spielt eine Schlüsselrolle	4
<i>Dr. Sylvia-Yvonne Kaufmann, Jens Wolfram</i> Die Energiepolitik der Europäischen Union nach dem Vertrag von Lissabon	7
<i>Dr. André Brie</i> Treibhausgase und Darfur – die Auswirkungen des Klimawandels auf internationale Sicherheit und Stabilität	11
<i>Gabi Zimmer</i> Klimaschutz und Armut – eine verhängnisvolle Kombination	16
<i>Dr. Helmuth Markov, Nora Schüttpelz</i> Handel und Klimawandel	21
<i>Jens Holm</i> Nahrung, Klima, Gerechtigkeit – die Verantwortung der Linken	27
<i>Feleknas Uca</i> Risse in der Staudammpolitik der Türkei	32
<i>Miloslav Ransdorf</i> Was lernen wir aus der historischen Klimatologie?	37
<i>Dr. Klaus Lederer</i> Wasser ist ein Politikum	40
<i>Florian Schöne</i> Agrokraftstoffe und Bioenergie – eine Bewertung aus Umweltsicht	45
<i>Hans-Kurt Hill</i> Nur die Zerschlagung der Energiekartelle macht den Weg in die Energiewende frei	49
<i>Bernd Brouns</i> Emissionshandel: Gelddruckmaschine oder Klimaschutzinstrument?	56

FRANCIS WURTZ

*Europaabgeordneter der Kommunistischen Partei Frankreichs
Vorsitzender der GUE/NGL-Fraktion im Europäischen Parlament*

Europa spielt eine Schlüsselrolle



Am 23. Juni 1988 warnte der Chef-Klimatologe der NASA, James Hansen, zum ersten Mal in einem Ausschuss des US-Kongresses vor dem bevorstehenden Klimawandel und dessen schwerwiegenden Folgen. Experten sehen in dieser Warnung aus den USA den Auftakt der globalen Mobilisierung zur Reduktion der Treibhausgase. Die Ironie der Geschichte will es, dass sich ebenfalls ein US-Amerikaner als größte Bedrohung im Kampf gegen den Treibhauseffekt herausstellte. Die Rede ist von Präsident G.W. Bush. Aber die Dinge entwickeln sich – hier und auch jenseits des Atlantiks.

Blicken wir kurz auf einige große Momente dieser Entwicklung zurück, die, so wollen wir hoffen, unaufhaltsam ist. Die Theorie des Klimawandels ist seit dem 19. Jahrhundert bekannt. Die Debatte wurde jedoch erst 1985 zu einem politischen Thema, als sich Wissenschaftler und internationale Vertreter auf einer Konferenz in Österreich trafen. Drei Jahre später wurde der Weltklimarat gegründet.¹ 1992 wurde die Klimakonvention verabschiedet. Fünf Jahre später, 1997, unterzeichneten die Staaten das Kyoto-Protokoll, das auch nach dem Austritt der USA 2001 weiter existierte. Hierbei handelte es sich um ein wichtiges politisches Ereignis: Die Supermacht USA hat der Welt nicht ihre Regeln aufzwingen können. Stattdessen isolierte die internationale Gemeinschaft die Bush-Administration und setzte ihre Bedeutung im Bereich des Umweltschutzes herab. Heute – zumindest bis zum Ausbruch der schlimmsten Krise des kapitalistischen Systems seit 1929 – steht das Thema Klimaschutz ganz oben auf der internationalen Tagesordnung!

Wie kam es zu einem derartigen Erfolg? Zunächst gebührt der Dank der Wissenschaft. Überall auf der Welt haben sich Spezialisten dem Thema verschrieben. Die GUE/NGL-Fraktion hat seit 2003 bereits drei Mal die Ehre gehabt, den Präsidenten des Weltklimarates, Dr. Rajendra Pachauri, im Europaparlament begrüßen zu dürfen. Aus diesen Begegnungen kann ich bezeugen, mit wie viel Engagement Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus allen Ländern der Welt ihren Kampf für die Zivilisation führen.

¹ Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) oder im Frz.: Groupe intergouvernemental d'experts sur l'évolution du climat (GIEC). Im Deutschen wird dieser zwischenstaatliche Ausschuss gemeinhin als Weltklimarat bezeichnet.

Im Laufe der Jahre – 1990, 1995, 2001, 2007, ... – wurden die Berichte des Weltklimarates mit ihren Schlussfolgerungen aus der Wissenschaft und den daraus abgeleiteten Empfehlungen an „die Entscheidungsträger“ zu einer unumstößlichen Größe. Die Berichte dienten als Verhandlungsgrundlage und regten auch immer wieder die öffentliche Debatte an. Das ist essentiell! Nur so konnte das Ziel, die Emissionen bis 2050 zu halbieren (und in den Industrieländern auf ein Viertel zu reduzieren) von der öffentlichen Meinung, den Bürgerinnen und Bürgern, den politischen Akteuren – von Teilnehmenden der „Weltsozialforen“ bis hin zu Europaabgeordneten – mitgetragen werden. Ohne diesen permanenten massiven Druck hätte sich die Europäische Union sicherlich nicht bewegt, Al Gore hätte wahrscheinlich nie seinen (fantastischen) Film gedreht oder den Nobelpreis erhalten, die Industrielobby wäre weitaus weniger in der Defensive, und die renitenten Länder stünden nicht so am Pranger.

Klimaschutz wäre für die Europäische Union eine großartige Möglichkeit, ihre Fähigkeiten unter Beweis zu stellen – nicht nur für ihre Mitgliedstaaten, sondern für alle Menschen und unseren Planeten. Es gibt in dieser Hinsicht wichtige Zahlen und einen Countdown, den man nicht vergessen sollte. Beide sind bekannt – erinnern wir uns:



Der kritische Moment beginnt 2012 mit dem Auslaufen des Kyoto-Protokolls. Es geht darum, die Dynamik neu zu entfachen, die Anstrengungen gleichmäßig zu verteilen, den schwächsten Ländern zu helfen der Entwicklung zu folgen, die „Bremser“ anzutreiben ... ein „tentakelartiges“ Werk – völlig im Widerspruch zu den Imperativen des Wirtschaftskrieges. Unvereinbar mit dem kurzfristigen Streben nach maximalem Gewinn und der grundsätzlichen Verantwortungslosigkeit des kapitalistischen Systems gegenüber den Konsequenzen seines Daseins. Und dennoch, es muss gelingen! „Europa hat eine Schlüsselrolle inne“, sagt Dr. Pachauri, „wenn es nicht beschließt, als erste große Region freiwillig seine CO₂- und Dioxidausstöße zu reduzieren, ist die Hoffnung auf eine internationale Einigung vergeblich.“

Der G8-Gipfel im Juli 2008 bestätigte diese Einschätzung: Zwar haben die reichsten Länder (endlich) die Langzeitziele (bis 2050) der Vereinten Nationen im Bereich der Emissionsreduktion übernommen, verpflichtende Maßnahmen und viel mehr noch kurzfristige Maßnahmen haben sie jedoch abgelehnt. Die Stunde der Wahrheit schlägt im Dezember 2009 in Kopenhagen, Dänemark. Die Vorbereitungsrunde findet im Dezember 2008 in Poznan (Polen) statt. Das ist der Zeitpunkt, wo die 27 Staaten der Europäischen Union eine gemeinsame Lösung präsentieren müssen, um mit gutem Beispiel voranzugehen.

Die Grundsätze sind geklärt: Bis 2020 müssen 20 Prozent der Treibhausgase unilateral reduziert werden, bzw. bis zu 30 Prozent sobald die anderen Länder folgen. Der Anteil erneuerbarer Energien muss auf 20 Prozent angehoben werden. Die Energieeffizienz muss um 20 Prozent verbessert werden. Es geht nun nur darum, sich auf konkrete Modalitäten zu einigen, doch wie wir wissen, steckt der Teufel im Detail. Das Schwerste steht uns also noch bevor. Und das zu einem Zeitpunkt, wo die Welt derartig traumatisiert ist, dass wir Menschen und viel mehr noch die Regierungen Gefahr laufen, den Klimaschutz links liegen zu lassen. Alles dafür zu tun, diese Gefahr zu bannen ist eine immense Herausforderung. Broschüren wie diese sind daher umso mehr willkommen!

DR. SYLVIA-YVONNE KAUFMANN
Europaabgeordnete DIE LINKE

JENS WOLFRAM
Parlamentarischer Referent

Die Energiepolitik der Europäischen Union nach dem Vertrag von Lissabon

Durch den Vertrag von Lissabon wird zwar die europäische Energiepolitik nicht erst begründet. Sie erhält aber eine umfassende Parlamentarisierung.

Der Status quo nach Nizza

Einen speziellen Politikbereich Energie kennt der EG-Vertrag zum heutigen Zeitpunkt nicht. Zwar wurde mit dem Vertrag von Maastricht die Auflistung der Tätigkeitsbereiche der Gemeinschaft in Artikel 3 des EG-Vertrages erweitert und nennt unter Buchstabe u „Maßnahmen in den Bereichen Energie, Katastrophenschutz und Fremdenverkehr“. Anders als für die unter den Buchstaben a bis t genannten Politikbereiche findet sich für diese drei Bereiche jedoch keine entsprechende Kompetenzzuweisung an die EG. Zwar hatte die Kommission bereits damals einen eigenen Titel „Gemeinsame Energiepolitik“ vorgeschlagen. Die Regierungsvertreter lehnten dies jedoch ab. So blieb es bei einer bloßen Erklärung in der Schlussakte zur Regierungskonferenz von 1992, wonach diese Frage anhand eines Berichts der Kommission auf der nächsten Regierungskonferenz, die bereits für 1996 geplant war, noch einmal geprüft werden sollte. Doch weder der Vertrag von Amsterdam von 1997 noch der Vertrag von Nizza aus dem Jahre 2001 führte diesbezüglich zu einer Änderung der Rechtslage.



Das Fehlen eines speziellen Politikbereiches für Energie im EG-Vertrag bedeutet jedoch nicht, dass keinerlei europäische Rechtsetzungskompetenzen bestehen würden und die Energiepolitik ausschließlich nationalstaatlich determiniert sei. Zum einen hat die Gemeinschaft die Aufgabe, zum Auf- und Ausbau transeuropäischer Netze im Bereich der Energieinfrastruktur beizutragen (Artikel 154 EGV). Und zum anderen kann der Erlass umweltpolitischer Maßnahmen durch die Gemeinschaft „die Wahl eines Mitgliedstaats zwischen verschiedenen Energiequellen und die allgemeine Struktur seiner

Energieversorgung erheblich berühren“ (vgl. Artikel 175 Absatz 2 Buchstabe c EG-Vertrag). Zudem stellt dieser Bereich einen Teil des Binnenmarktes dar, auf den sich die Binnenmarktfreiheiten und das Wettbewerbsrecht ebenso erstrecken wie die Rechtsangleichungskompetenzen.

Vor allem aber können darüber hinaus energiepolitische Maßnahmen auf Grundlage von Artikel 308 EGV erlassen werden. Gerade die Nennung der Energiepolitik als Tätigkeitsbereich der Gemeinschaft, ohne dass der Gemeinschaft zugleich die erforderlichen Befugnisse zur Verwirklichung dieser Politik zugewiesen werden, eröffnet den Anwendungsbereich dieser sogenannten Flexibilitätsklausel. Bisher ist zwar noch eine gewisse Zurückhaltung beim Erlass energiepolitischer Maßnahmen zu beobachten. Dies wird aber in Anbetracht der Entwicklung der letzten Jahre künftig wohl nicht so bleiben.

Einfügung eines neuen Titels „Energie“

Mit dem Vertrag von Lissabon wird nunmehr ein eigener Titel zur Energiepolitik in den EG-Vertrag eingefügt, welcher zugleich umbenannt wird in „Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union“ (AEU-Vertrag). Der Titel besteht aus einem Artikel (Artikel 194 AEU-Vertrag), der die Ziele und Grundsätze der Energiepolitik formuliert und Handlungsermächtigungen an die EU erteilt sowie bestimmte Kompetenzabgrenzungen gegenüber den Mitgliedstaaten vornimmt.

a) Zu den neuen energiepolitischen Zielen und Grundsätzen der Union

Artikel 194 Absatz 1 des AEU-Vertrages formuliert für die Energiepolitik der Union vier Ziele:

- Sicherstellung des Funktionierens des Energiemarktes,
- Gewährleistung der Energieversorgungssicherheit in der Union,



- Förderung der Energieeffizienz und von Energieeinsparungen sowie Entwicklung neuer und erneuerbarer Energiequellen und
- Förderung der Interkonnektion der Energienetze.

Zugleich wird die Verfolgung dieser Ziele drei Grundsätzen unterworfen. Sie soll erstens im Geiste der Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten erfolgen. Die Energiepolitik der Union muss sich zweitens in das vertragliche Programm zur Verwirklichung bzw. zum Funktionieren des Binnenmarktes einordnen. Und drittens sind bei der Verwirklichung der europäischen Energiepolitik die Erfordernisse der Erhaltung und der Verbesserung der Umwelt zu berücksichtigen.

Das bedeutet, dass künftig bei jeder energiepolitischen Maßnahme der Union der Nachweis erbracht werden muss, der Verwirklichung mindestens eines der genannten Ziele zu dienen, und sie muss ebenso nachweisen, stets alle drei Grundsätze zu beachten.

b) Zu den neuen energiepolitischen Kompetenzen der Union

Die eigentlichen energiepolitischen Handlungsermächtigungen finden sich in Artikel 194 Absatz 2 und 3 des AEU-Vertrages. Die Europäische Union wird darin ermächtigt, die zur Verwirklichung der energiepolitischen Ziele erforderlichen Maßnahmen zu erlassen. Dabei gilt grundsätzlich das ordentliche Gesetzgebungsverfahren, wonach Gesetzgebungsakte vom Parlament und Rat gemeinsam auf Vorschlag der Kommission erlassen werden (Artikel 194 Absatz 2 Unterabsatz 1 AEUV). Nur wenn solche Maßnahmen überwiegend steuerlicher Art sind, werden sie vom Rat im besonderen Gesetzgebungsverfahren einstimmig nach bloßer Anhörung des Europäischen Parlaments erlassen (Artikel 194 Absatz 3 AEUV).

Gemäß Artikel 4 Absatz 2 Buchstabe i des AEU-Vertrages handelt es sich bei der Energiepolitik um einen der Hauptbereiche, auf die sich die von der Union mit den Mitgliedstaaten geteilte Zuständigkeit erstreckt. Das heißt, in diesem Bereich können sowohl die Union als auch die Mitgliedstaaten gesetzgeberisch tätig werden und verbindliche Rechtsakte erlassen, wobei jedoch die Mitgliedstaaten ihre Zuständigkeit nur wahrnehmen, sofern und soweit die Union ihre Zuständigkeit nicht ausgeübt hat (Artikel 2 Absatz 2 AEUV). Zu diesem Grundsatz der geteilten Zuständigkeit normiert Artikel 194 Absatz 2 Unterabsatz 2 des AEU-Vertrages allerdings eine Ausnahme, wonach die energiepolitischen Maßnahmen der Union nicht das Recht eines Mitgliedstaats berühren, die Bedingungen für die Nutzung seiner Energieressourcen, seine Wahl zwischen verschiedenen Energiequellen und die allgemeine Struktur seiner Energieversorgung zu bestimmen.

Konsequenzen der Änderung durch den Vertrag von Lissabon

Der Vertrag von Lissabon führt zu einer umfassenden Parlamentarisierung der europäischen Energiepolitik, und zwar sowohl im Hinblick auf ihre verfassungsrechtlichen Vorgaben als auch im Hinblick auf ihre Umsetzung im Wege europäischer Gesetzgebung. Nach der bisherigen Rechtslage können die originär energiepolitischen Maßnahmen auf Grundlage des Artikels 308 des EG-Vertrages erlassen werden. Das heißt, der Rat entscheidet einstimmig nach Anhörung des Europäischen Parlaments. Inhaltliche Vorgaben für die Ausübung dieser Kompetenz formuliert der EG-Vertrag dabei nicht. Europäische Energiepolitik ist heute faktisch ausschließliche Domäne der Regierungen der Mitgliedstaaten. Damit bricht nun der Vertrag von Lissabon. Zum ersten werden der europäischen Energiepolitik von den nationalen Parlamenten der Mitgliedstaaten, die diesen Vertrag ratifizieren, bestimmte inhaltliche Vorgaben gemacht. Vor allem aber wird die Gesetzgebung in diesem Bereich endlich parlamentarisiert. Denn die Mitwirkung des Europäischen Parlaments verstärkt sich von einem bloßen Anhörungsrecht (Artikel 308 EGV) zum vollen Mitentscheidungsrecht (Artikel 194 AEUV).

Diese Änderungen allein garantieren freilich noch keine europäische Energiepolitik, die linken Vorstellungen entspricht. Insbesondere die Frage, auf welches der vier energiepolitischen Ziele bei der Umsetzung der Schwerpunkt gelegt wird, bleibt damit unbeantwortet. Aber die Auseinandersetzung hierüber wird aus den Hinterzimmern des Ratsgebäudes in die Öffentlichkeit und in die politische Arena des Europäischen Parlaments verlagert. Und dort hat die Linke ungleich bessere Karten.



DR. ANDRÉ BRIE

Europaabgeordneter DIE LINKE

Treibhausgase und Darfur – die Auswirkungen des Klimawandels auf internationale Sicherheit und Stabilität

Eigentlich hätte die Welt aufhorchen müssen, als die britische Regierung im Frühjahr ihre neue Nationale Sicherheitsstrategie¹ vorstellte. Das Vereinigte Königreich, so heißt es darin, werde nicht mehr unmittelbar von einem Staat bedroht. Dagegen gebe es andere Risiken, die die Sicherheit und Stabilität Großbritanniens untergraben könnten. Dazu gehörten der internationale Terrorismus und regionale Konflikte, Massenvernichtungswaffen und internationale Kriminalität, demografischer Wandel und Energiekrise, Armut und Seuchen – sowie der Klimawandel, dem erstmals ein eigener Unterpunkt gewidmet ist.



Auch Nicolas Sarkozy², seit gut einem Jahr Präsident Frankreichs, nahm nur wenige Monate nach seiner Amtseinführung kein Blatt vor den Mund, als er im vergangenen November eine Rede zur Umweltproblematik hielt: „Den Klimawandel dürfen unsere Mitbürger nicht auf das Schmelzen des Schnees auf den Skipisten reduzieren“, so der Staatschef. „Klimawandel – das sind Hunderte Millionen Klimaflüchtlinge. Klimawandel bedeutet auch: eine Beschleunigung der großen Katastrophen, der Trockenperioden, der Überschwemmungen, der Zyklone und in gewisser Hinsicht auch Darfur, wo Millionen armer Menschen von Hunger und Durst getrieben in andere Regionen strömen, in denen sie mit der seit Hunderten von Jahren ansässigen Bevölkerung in Konflikt geraten. Klimawandel heißt: neue Epidemien; heißt: heftige Konflikte um den Zugang zu Wasser und Nahrung.“ Auch wenn Sarkozy – siehe das Festhalten seiner Staatsführung an der zivilen Nutzung der Kernenergie – fragwürdige Konsequenzen aus dem Klimawandel zieht, hat er einige seiner Folgen für die internationale Sicherheit

1 http://interactive.cabinetoffice.gov.uk/documents/security/national_security_strategy.pdf

2 http://www.premier-ministre.gouv.fr/de/information/presse_880/rede_von_staatspraesident_nicolas_57904.htm

und Stabilität, für Entspannung oder Verschärfung regionaler und sozio-ökonomisch begründeter Konflikte, für Ausweitung oder Begrenzung sozialer Krisen recht treffend beschrieben. In seinem Film „Eine unbequeme Wahrheit“ verwies der frühere US-Vizepräsident Al Gore zu Recht darauf hin, dass der unfassbar blutige Krieg in Darfur bereits eng mit den Konsequenzen des Klimawandels verknüpft ist: Der einzige große See in dieser Region trocknete aus. Der existenzielle Verteilungskampf um die wenigen verbliebenen Wasserquellen und Weideflächen gehört zu den Ursachen der Auseinandersetzungen.

Neuland in der Konfliktforschung

Tatsächlich sind die Konsequenzen des Klimawandels für Frieden und Sicherheit bislang unzureichend erforscht und werden wenig diskutiert oder in den offiziellen Sicherheitskonzepten des Westens allenfalls zur Begründung für erweiterte militärische Anstrengungen missbraucht. Sicher ist, dass die Auswirkungen nur selten unmittelbar erfolgen und durch eine Vielzahl von Faktoren verstärkt werden. Dies geht auch aus den wenigen vorliegenden – unter anderem des US-amerikanischen Center for Naval Analyses³ und des Wissenschaftlichen Beirats der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen⁴ – und zumeist auf Einzelbereiche gerichteten Untersuchungen hervor. Als ebenso gesichert wird angenommen, dass Krisen, die im Zusammenhang mit dem Klimawandel stehen, zunächst im nationalen oder regionalen Rahmen auftreten, sich dann aber (beispielsweise durch massive Zunahme von Migrationsströmen) auf die multilaterale Stabilität und Sicherheit auswirken können.

Für mich kristallisieren sich drei zentrale Aspekte des Verhältnisses von Klimawandel und internationaler Sicherheit heraus: Zum einem geht es um Fragen der Energie- und Rohstoffversorgung sowie die damit verknüpften Auswirkungen auf das Klima. Zum anderen sind es diese Folgen selbst – und dabei insbesondere die Abnahme von Ressourcen wie Wasser, der Vormarsch der Wüsten und die Erosion von landwirtschaftlichen Anbauflächen und die daraus resultierende zunehmende Lebensmittelverknappung – die zu Konflikten führen oder bestehende verschärfen können, erst recht wenn, wie durch die EU und die USA, als Antwort auf den Klimawandel und die begrenzten Erdölvorkommen die Brennstoffproduktion aus Zuckerrohr, Mais und anderen landwirtschaftlichen Produkten propagiert und gefördert wird. Drittens schließlich wird der Zusammenhang von Klimawandel und der offensichtlich wachsenden Zahl und Schwere von Naturkatastrophen immer offensichtlicher.

3 <http://securityandclimate.cna.org/>

4 http://www.wbgu.de/wbgu_jg2007_kurz.html

Der erste Aspekt war jüngst durch den Kaukasus-Konflikt erneut deutlich geworden. Sicher ging – und geht – es in den Auseinandersetzungen zwischen Georgien und seinen westlichen Verbündeten einerseits sowie Abchasien, Südossetien und Russland andererseits um eine verfehlte Nationalitätenpolitik der Vergangenheit und deren nicht verheilte Wunden, um nationales Besitzdenken, um Demonstration von politischer Macht und militärischer Stärke. Nicht zuletzt aber geht es um Energie und um den Versuch der USA und der EU, direkten Zugriff auf die Ölreserven der Region zu erlangen und den russischen Einfluss darauf zurückzudrängen. So warnte die Internationale Energieagentur (IEA) in ihrem Monatsbericht für August 2008 vor der Auswirkung des Konflikts im Kaukasus auf die weltweite Energieversorgung. Die Kämpfe zwischen Russland und Georgien „bedrohen wichtige Öl- und Gaspipelines, die durch Georgien führen“, so die IEA. Nicht ohne Grund nahm sich auch sofort die NATO der Kaukasus-Krise an. Und dass es, um ein in seinen Auswirkungen noch gravierenderes Beispiel zu nehmen, im Krieg der USA gegen Irak nicht um Demokratie und Terrorismusbekämpfung, sondern wesentlich um das Erdöl und die Machtposition im ganzen Nahen und Mittleren Osten ging, ist nicht ernsthaft bestreitbar.

Kriege um Öl – und um Wasser

„Die Kriege der Zukunft werden um Wasser geführt“ – das prophezeite der ehemalige UN-Generalsekretär Boutros Boutros Ghali bereits in den 1980er



Jahren. Und 1995 meinte der Vizepräsident der Weltbank, Ismail Serageldin, dass die Kriege in diesem Jahrhundert nicht mehr um Öl, sondern um Wasser geführt würden. Allerdings sind Konflikte um das Lebenselixier keinesfalls neu: Seit Jahrzehnten streitet sich fast ein Dutzend Staaten um das Nilwasser; zwischen den Anrainern von Euphrat und Tigris gibt es immer wieder Zwist um die Ableitung aus den Flüssen; die israelische Herrschaft über die Wasserressourcen aus dem Jordan und dem Genezareth-See heizt den Konflikt zwischen Israelis und Palästinensern an.

Zu keiner Zeit aber sind die Wasserressourcen so rasant zurückgegangen wie gegenwärtig. Tatsächlich herrscht bereits heute in fast 100 Ländern akute Wasserknappheit, nach Schätzungen der UNO könnten bis 2030 insgesamt 5,4 Milliarden Menschen davon betroffen sein. Auch die durch Austrocknung und Wassermangel zunehmende Wüstenbildung ist als Bedrohung für Ackerbau und Viehhaltung kaum zu überschätzen. Kofi Annan, Nachfolger Boutros Ghali an der UN-Spitze, warnte, dass bis zu 135 Millionen Menschen in den nächsten Jahren vor Trockenheit aus ihrer Heimat fliehen könnten – in Gebiete, in denen sie mit den Einheimischen um das dort vorhandene Wasser in Konkurrenz treten werden. Kämpfe um Wasservorkommen wurden bereits aus der Sahel-Zone und Nordafrika, aus Kenia, Somalia, Tschad, Niger, Nigeria, Burkina Faso und Mali gemeldet. Von vielen „kleineren“ Auseinandersetzungen wird die Welt gar nichts erfahren. Dramatisch ist jedoch, dass diese Konflikte zumeist in so genannten fragilen Staaten ausbrechen, denen die Ausübung grundlegender Steuerfunktionen bereits jetzt große Probleme bereitet und die kaum über Kapazitäten und Mechanismen verfügen, solche krisenhaften Entwicklungen zu managen.

Nicht zuletzt stellt der Klimawandel Militär, Sicherheits- und Rettungskräfte sowie die Katastrophenhilfe vor neue, und in ihrer Dimension kaum abzusehende Aufgaben. Die große deutsche Assekuranz Münchener Rück, die Naturkatastrophen ganz versicherungstypisch vor allem in nüchternen Zahlen erfasst, schlug in ihrem Rückblick auf das Jahr 2005⁵ ungewöhnlich dramatische Töne an: „Die Münchener Rück weist seit langem darauf hin, dass sich bei zunehmender globaler Erwärmung außerordentliche Wetterkatastrophen häufen werden und darum mit größeren Schadenpotenzialen zu rechnen ist. Ihre Befürchtungen haben sich 2005 bestätigt.“

Militärische „Krisenbewältigung“?

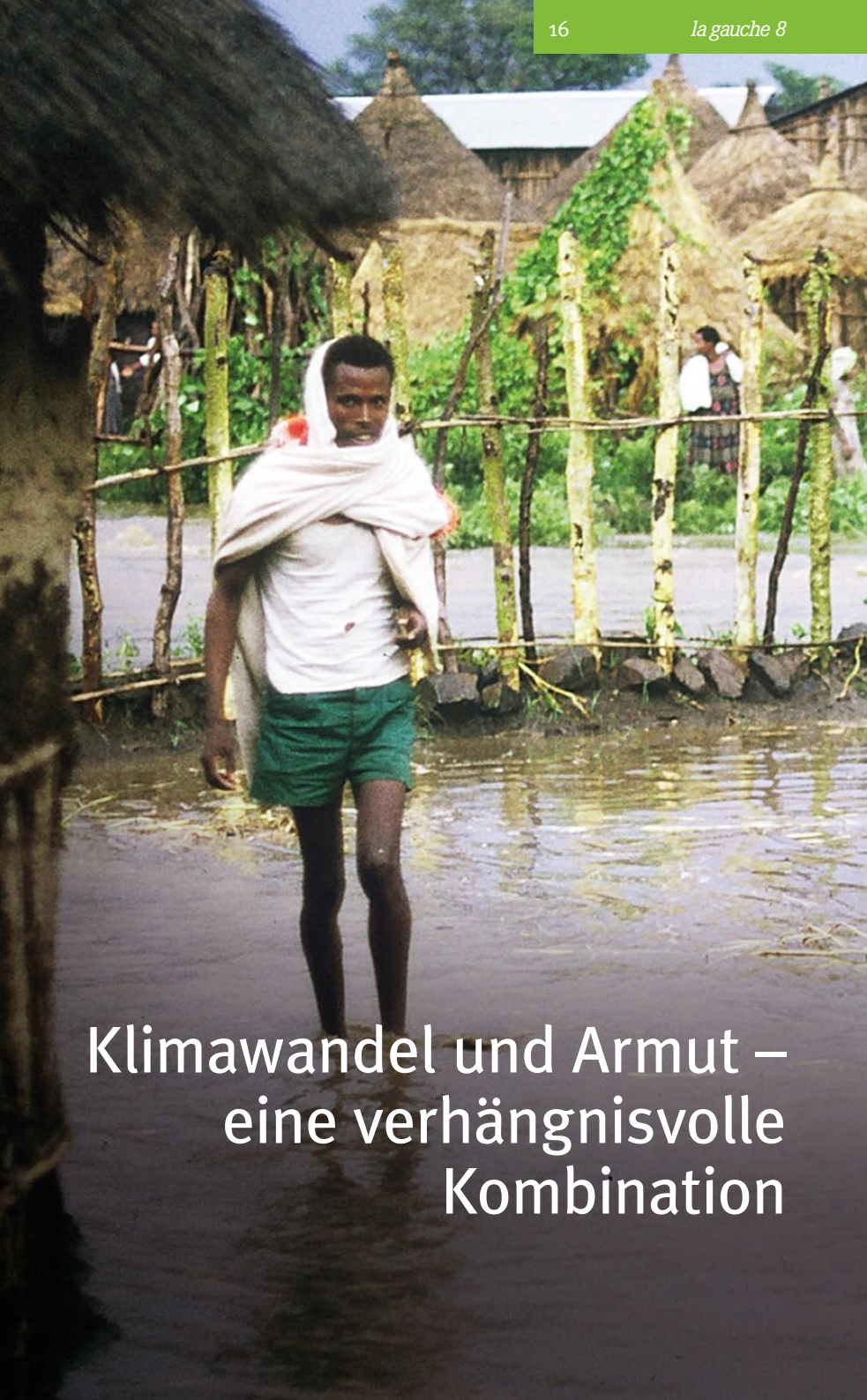
Die Ansätze, den Klimawandel zumindest zu begrenzen, sind vielfältig und an anderer Stelle ausführlich beschrieben. Auf die Gefahren aus dem Klimawandel für Frieden und Stabilität reagiert inzwischen auch die Europäische

5 http://www.muenchener-rueck.de/publications/302-04771_de.pdf?rdm=88798

Union – mit ihrem bekannten Muster und den mehrfach als untauglich erwiesenen Rezepten. Im März dieses Jahres hatten EU-Außenkommissarin Benita Ferrero-Waldner und der Hohe Vertreter des Rats für Außen- und Sicherheitspolitik, Javier Solana, ein Positionspapier⁶ vorgelegt, das zwar die Lage und Herausforderungen korrekt beschreibt, jedoch daraus diskussionswürdige Konsequenzen zieht. So heißt es: „Die EU ist aufgrund ihrer führenden Rolle in der Entwicklungspolitik und der globalen Klimapolitik sowie aufgrund des breiten Spektrums der ihr zur Verfügung stehenden Instrumente in einzigartiger Weise dafür gerüstet, auf die Auswirkungen des Klimawandels auf die internationale Sicherheit zu reagieren. Bei der Sicherheits herausforderung kommen zudem die Stärken Europas zur Geltung, denn Europa verfügt über ein umfassendes Konzept zur Konfliktverhütung, Krisenbewältigung und Konfliktnachsorge und gehört zu den Hauptbefürwortern eines wirksamen Multilateralismus.“ Zumindest in der Vergangenheit hat die EU allerdings bei Krisen oder Konflikten dieses Potenzial nicht genutzt, zumindest nicht positiv. Im Gegenteil: Die friedliche Konfliktbewältigung wurde sträflich vernachlässigt (siehe beispielsweise die faktische Tatenlosigkeit im Nahostquartett), die militärische Flanke dagegen kontinuierlich ausgebaut. In ihrer Sicherheitsstrategie vom 12. Dezember 2003 „Ein sicheres Europa in einer besseren Welt“⁷ verwiesen die EU-Regierungen auf Armut, Krankheiten und dramatische Umweltprobleme und schätzten ein: „Der Wettstreit um Naturressourcen – insbesondere um Wasser –, der sich durch die globale Erwärmung in den nächsten Jahrzehnten noch steigern wird, dürfte in verschiedenen Regionen der Welt für weitere Turbulenzen und Migrationsbewegungen sorgen. Die Energieabhängigkeit gibt Europa in besonderem Maße Anlass zur Sorge.“ Die Schlussfolgerung allerdings ist besorgniserregend: „Bei den neuen Bedrohungen wird die erste Verteidigungslinie oftmals im Ausland liegen.“ Auch der – bislang nicht in Kraft getretene – Lissabonner Vertrag sieht nicht nur die Pflicht zur stetigen Aufrüstung, sondern auch weltweite Einsätze zur „Krisenbewältigung“ vor. Wie dies aussieht, wird nahezu täglich mit dem Vorgehen der europäischen Grenzschutzagentur FRONTEX bei der Abwehr von Migrantinnen und Migranten demonstriert, die bei dieser Form von „Krisenbewältigung“ nicht selten den Tod in den Wogen des Mittelmeers finden. Wenn die EU, wie Ferrero-Waldner und Solana betonen, eine Führungsrolle bei der Bewältigung des sicherheitspolitischen Folgen des Klimawandels übernehmen sollte, muss dies misstrauisch verfolgt werden, vor allem verlangt es jedoch den entschiedenen Streit um eine grundsätzlich andere Politik der EU. Die gegenwärtige stellt nicht nur keinen ausreichenden Beitrag zur Begrenzung des Klimawandels und zu einer wirklichen ökologischen Alternative dar, sondern droht, die weltweiten Gefahren für Sicherheit und Frieden zu verschärfen.

6 http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressdata/DE/reports/99391.pdf

7 <http://consilium.europa.eu/uedocs/cmsUpload/031208ESSIIDE.pdf>



Klimawandel und Armut –
eine verhängnisvolle
Kombination

GABI ZIMMER

Europaabgeordnete DIE LINKE

BERND SCHNEIDER

Parlamentarischer Assistent von Gabi Zimmer in Brüssel

Die Eindämmung des Klimawandels und das Leben mit seinen Folgeerscheinungen ist eine wirklich globale Problemstellung. Bemühungen der Industrienationen, ihren Schadstoffausstoß zu reduzieren, können den Klimawandel jedoch nicht ausreichend vermindern. Wenn nicht gleichzeitig auch im noch nicht industrialisierten Großteil der Welt notwendige Maßnahmen umgesetzt werden, wird die globale Erwärmung schnell und stark zunehmen. Die Armut dieser Länder macht es ihnen jedoch fast unmöglich zu handeln.



Die so genannten Entwicklungsländer stehen vor einer doppelten Problematik. Obwohl sie nicht Verursacher der den Klimawandel auslösenden Umweltverschmutzung waren, werden die Auswirkungen der Erwärmung für sie zu drastischeren Folgeerscheinungen führen. Dabei fehlen ihnen die Mittel, um sich an ein verändertes Klima anzupassen. Maßnahmen wie beispielsweise der Bau höherer Deiche in Bangladesch würden viel Geld kosten. Zweitens hindern die Entwicklungsländer die Armut ihrer Bevölkerung und die knappen Staatshaushalte daran, ihren eigenen Beitrag zur Verhinderung der Klimakatastrophe zu leisten. Wenn zum Beispiel für einen Teil der Dorfbevölkerung von Tansania die Haupteinkommensquelle in der Herstellung von Holzkohle liegt, und diese Holzkohle für die meisten Haushalte auch noch das einzige Mittel zum Essen kochen darstellt, dann reichen Appelle oder sogar Gesetze nicht aus, um das Verhalten der Bevölkerung zu ändern.



Zudem erklären die Regierungen armer Länder zu Recht, dass die heutigen Industrienationen ihnen nicht das Ziel der Ansiedlung von Industriebetrieben zur Überwindung der Armut verbieten dürften. Gelingt jedoch dieser Aufstieg zur Industrienation wie in den Boom-Ökonomien von China, Brasilien oder Indien, so wird sich die negative Entwicklung der Klimawerte noch dramatisch beschleunigen.

Eine Aufhebung dieser Widersprüche ist nur durch eine rasche und weitgehende Kooperation und die Bereitstellung der notwendigen finanziellen und

technologischen Mittel möglich. Die Eindämmung des Klimawandels und die weltweite Überwindung der Armut sind die beiden zentralen und nicht voneinander zu trennenden Aufgabenstellungen unserer Generation.

In der jüngeren Vergangenheit wurde der Fehler gemacht, am Industrialisierungsprogramm der chinesischen Regierung möglichst viel verdienen zu wollen, indem unter anderem die veralteten und stark die Umwelt belastenden industriellen Fertigungsanlagen in Mittel- und Osteuropa demontiert und an China verkauft und dort wieder errichtet wurden. Die veralteten Systeme und Schloten wurden dort zudem kopiert und hundertfach zusätzlich errichtet und tragen nun in der Summe dazu bei, dass China die USA als weltweit größte Verschmutzungsnation überholt hat. An manchen industriellen Ballungszentren scheint die Luft ohne Schutzmasken kaum mehr atembar. Lungenkrankheiten und allergische Reaktionen sind in der dortigen Bevölkerung stark angestiegen. Ein Ende dieser Entwicklung ist derzeit kaum in Sicht, da insbesondere die wachsende Nachfrage nach Autos in Chinas Bevölkerung noch längst nicht gesättigt ist.

China wird sich seine Industrialisierung und sein Ziel, eine Milliarde Menschen über die Armutsschwelle zu bringen, nicht einfach verbieten lassen. Eine konstruktive Lösung des dabei entstehenden Umweltproblems umfasst drei Hauptelemente: Erstens muss China seine nationale Umweltgesetzgebung verschärfen. Der Nationale Volkskongress hat in diesem Jahr bereits entsprechende Beschlüsse gefasst, doch nun muss die praktische Umsetzung geleistet werden. Dafür müssen zweitens die Hochtechnologie-Nationen einen Technologietransfer anstreben, der den Einbau modernster Umweltschutztechnologien in Fabrikanlagen ermöglicht und die Umstellung auf nicht-fossile Energiegewinnung fördert. Drittens bedarf es eines doppelten Anreizsystems für die rasche Umsetzung dieser Umstellung, die auf der einen Seite in der Bereitstellung günstiger Kreditmittel bestehen sollte. Komplementär müssen die Abnehmer von Chinas industrieller Produktion jedoch auch schrittweise neue Importbestimmungen einführen, durch die am Ende unter starker Umweltbelastung produzierte Güter keinen Marktzugang mehr erhalten.

Die hier beschriebene kontrollierte und auf hohem technologischen Niveau umgesetzte Form der Industrialisierung ist die einzige Alternative zu der bisherigen, auf der Basis von reiner Markt- und Wettbewerbslogik erfolgten Industrialisierung, in der die Nutzung von billigen und verschmutzenden Technologien zu einem Kostenvorteil werden konnte.

Die Europäische Union sollte auch armen Ländern in Afrika, Südasien oder Südamerika anbieten, sie auf einem Weg in eine kontrollierte und ökologisch

vertretbare Industrialisierung zu unterstützen. Denn aus der Armutsfalle können diese Länder nicht enttrinnen, so lange sie lediglich als Rohstofflieferanten auf dem Weltmarkt auftreten, jedoch für jede Veredelungsstufe der Rohstoffe ein Mehrfaches ihres Gewinns für den Re-Import aufbringen müssen. Für eine nachhaltige Überwindung der Armut sind die Ansiedlung von Verarbeitungsstufen und die dadurch erzielbare Erhöhung des Gewinnanteils an der Wertschöpfungskette zwingend erforderlich.

Gelingt es nicht, die Mehrheit der Weltbevölkerung aus der Armut heraus zu heben, so wird es kaum möglich sein, die Folgen des Klimawandels abzumildern. Ein Leben in Armut erzwingt für die Sicherung des bloßen Überlebens oft einen schonungslosen Umgang mit Ressourcen. So wird in den schon heute gefährdeten vegetativen Randgebieten noch das letzte wachsende Gehölz geschlagen und als Energiequelle verwertet. Unkontrollierter Holzeinschlag in Wäldern oder sogar die Brandrodung von Wäldern, um Anbauflächen für Nahrungsmittel zu gewinnen, reduzieren weltweit rasch die Fläche des Klimakorrekts Wald. Am rasantesten geht die Zerstörung von Waldflächen in Regionen Indonesiens und Brasiliens voran, in denen große Investoren Flächen für profitable Plantagen von Tagelöhnern roden lassen, denen jegliche Erwerbsalternative fehlt und deren verarmte Gemeinden kei-



ne Gegenwehr leisten können. Weiterer Rodungsdruck entsteht derzeit auch im subtropischen Afrika durch europäische Investoren, die sich Gewinne aus der von der EU verkündeten Nachfragegarantie für Biotreibstoffe verschreiben.

Um diese Entwicklungen zu stoppen, brauchen die Menschen Erwerbs- und Energiealternativen. Dabei haben die Erfahrungen der letzten Jahrzehnte bewiesen, dass das Warten auf private Investoren oder das bedingungslose Werben um deren Engagement kaum Erfolge bringt. Notwendig sind stattdessen aus öffentlichen Mitteln finanzierte Maßnahmen. Konkret bedeutet dies den Aufbau eines öffentlichen Beschäftigungssektors, der insbesondere auch produzierende Unternehmen umfasst. Dies wäre sowohl für die Umsetzung der oben beschriebenen Zielstellung einer von Nachhaltigkeit geprägten Industrialisierungsstrategie hilfreich als auch für die gleichzeitige Zielstellung eines hohen Lohnniveaus und eines hohen Verbleibs der erzielten Erträge in den regionalen Wirtschaftskreisläufen. Mittelfristig würde dadurch die Möglichkeit staatlicher Investitionen in Klimaschutz, Klimakompensation, zukunftsfördernde Bildung und Gesundheitsvorsorge wachsen. Kurzfristig bedarf es jedoch vieler Investitionsmilliarden aus den reichen Ländern.

Denn kurzfristig sind die Folgen des Klimawandels in den armen Teilen der Erde schneller spürbar als anderswo. Armut bedeutet in der Praxis auch verminderter Zugang zu Ressourcen wie sauberem Wasser. Klimawandel kann dann bedeuten, dass der tägliche Weg zum Brunnen nicht mehr zwei, sondern vier Stunden weit entfernt ist, wie es etwa für die zentralafrikanischen Hochebenen prognostiziert wird. Klimawandel kann dann auch bedeuten, dass landwirtschaftliche Flächen nicht mehr genutzt werden können, weil in Folge eines erhöhten Meeresspiegels Salzwasser in die Flussmündungen gepresst wird und die Flächen versalzen. Der Verlust des Lebens- und Ernährungsraumes von immer mehr Menschen wird voraussichtlich Migrationsbewegungen auslösen, die zu schweren Konflikten führen können. Der Krieg in der sudanesischen Provinz Darfur wird oft als frühes Beispiel eines solchen Konfliktes genannt. Es kann nur das Interesse aller Staaten unseres Planeten sein, die Zahl solcher Konflikte nicht ansteigen zu lassen und durch rasche und umfangreiche weltweite Kooperation die Folgen des Klimawandels zu mildern und sich gegenseitig bei der Anpassung zu helfen. Dafür wäre nur ein relativ kleiner Anteil der Mittel notwendig, die derzeit so großzügig zur Bewältigung der Bankenkrise bewilligt werden. Bei der Armutskrise, der Klimakrise und der andauernden Hungerkrise aber haben die Regierungen der Industriestaaten bislang leider nicht mit ähnlicher Entschlossenheit agiert. Alle vier Krisen bilden jedoch einen Handlungskomplex, und sie können nur gemeinsam bewältigt werden.

DR. HELMUTH MARKOV
Europaabgeordneter DIE LINKE

NORA SCHÜTTPELZ
Politikwissenschaftlerin und Mitarbeiterin
von Helmuth Markov

Handel und Klimawandel

Für Außenpolitik ist das Auswärtige Amt zuständig, für Umweltschutz das Umweltministerium, für Wirtschaftsfragen eben das Wirtschaftsministerium und so weiter? Könnte man meinen. Sollte aber nicht so sein. Verantwortungsvoller Umgang mit den natürlichen Lebensgrundlagen der Menschheit ist eine Aufgabe aller Politikfelder. Auch eine (veränderte) Handelspolitik muss und kann zum Schutz der Umwelt auf unserem Planeten beitragen.



Eine schlechte Nachricht zuerst: Ja, „Die Sache mit dem Klimawandel“ ist wirklich so ernst: Kann sich die Weltgemeinschaft nicht auf sofortige wirksame Maßnahmen einigen, um ihn einzudämmen, werden Veränderungen der Temperatur und der Niederschlagsmuster verstärkt zu Unsicherheiten in der Landwirtschaft und zu Ernteausfällen beitragen. Krankheiten wie Malaria werden sich über weitere Weltgegenden ausbreiten können. Mangelnde Wasserversorgung bedroht nicht nur den Agrarsektor, sondern vor allem auch die Trinkwasserversorgung von Millionen Menschen. Steigende Meeresspiegel und Unwetterkatastrophen sind nicht nur in Entwicklungsländern bereits heute ernstzunehmende Gefahren. Der Wandel von Ökosystemen gefährdet das Überleben vieler Tier- und Pflanzenarten und damit auch die Ernährungsgrundlagen der Weltbevölkerung.



Eine gute Nachricht: Das Bewusstsein für diese Probleme ist eigentlich durchaus vorhanden. Keine seriöse wissenschaftliche Studie, kein verantwortungsbewusster Politiker behauptet mehr, es handle sich bei den bereits vor sich gehenden und den zu erwartenden weltweiten klimatischen Veränderungen um zu vernachlässigende natürliche Schwankungen. Laut einer im September 2008 veröffentlichten Eurobarometer-Studie sind 62 Prozent der EU-Bürger der Ansicht, dass der Klimawandel beziehungsweise die globale Erwärmung zu den größten Problemen in der Welt gehören¹. Die

1 „Einstellungen der europäischen Bürger zum Klimawandel“, September 2008: http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/ebs/ebs_300_full_de.pdf

Europäische Union hat sich zum Ziel gesetzt, ihre Treibhausgasemissionen bis 2020 um mindestens 20 Prozent zu senken, und um 30 Prozent, wenn sich die internationale Gemeinschaft auf ein Kyoto-Nachfolgeabkommen einigt. Hinzu kommt das Ziel, den Energieverbrauch um 20 Prozent zu senken. Auf der Ebene der Vereinten Nationen verspricht sich die Weltgemeinschaft im Rahmen der Millenniums-Entwicklungsziele gegenseitig, die Grundsätze nachhaltiger Entwicklung in die nationalen Politiken zu übernehmen. Sogar die Präambel des WTO-Abkommens (1994) enthält die Zielstellung, dass die internationalen Wirtschafts- und Handelsbeziehungen unter anderem der nachhaltigen Entwicklung und dem Schutz und Erhalt der Umwelt förderlich sein sollen.

Angesichts dessen ist es erstaunlich, was in der Außenhandelsstrategie „Global Europe“² der EU nachzulesen ist: Dort wird erwähnt, dass das Streben nach Wirtschaftswachstum durch Handel Folgen für die Umwelt, insbesondere für die Artenvielfalt und für das Klima haben kann. Auch steht da, dass Energieeffizienz, Einsatz erneuerbarer Energien, Niedrigemissionstechnologien und sparsamer Umgang mit Energie wichtig sind. Die erleuchtende Schlussfolgerung ist dann jedoch: „Der Zusammenhang zwischen Handelspolitik und Klimawandel wird noch eingehender untersucht werden müssen“.

Helfen wir der EU-Kommission, die diese Strategie im Jahr 2006 erstellt hat, ein wenig auf die Sprünge: Das große Problem ist, dass die von den Industrieländern im vergangenen Jahrhundert geprägte Wirtschafts- und Handelspolitik, die auf stetige Steigerung von Wachstum, Produktion, Verbrauch und Profit setzt, kaum mit den Klimaschutzziele vereinbar ist. Ganz einfach deshalb, weil natürliche Ressourcen nun einmal endlich sind und weil diese Wirtschaftsweise statt auf das Gemeinwohl vor allem auf Wettbewerb und Gewinn ausgerichtet ist und „Umwelt“ als kostenlose Ressource annimmt. Umweltschäden, verursacht durch unökologische Produktionsweise und „Wegwerf-Mentalität“, werden nicht in Betriebskostenrechnungen einbezogen. Zunehmender Ressourcenverbrauch und Transportaufkommen, immer größere Mengen an Abfall, Abwasser und Abgasen sind die Folgen. Die Kosten dafür trägt selten der Verursacher, sondern die Allgemeinheit.

Das bestehende internationale Handelssystem verstetigt und befördert eine globale Arbeitsteilung, die, vereinfacht dargestellt, so aussieht: Der über große Teil des grenzüberschreitenden Handels findet nicht mehr zwischen Nationalökonomien statt, sondern vor allem innerhalb transnationaler Konzerne und zwischen ihnen. Sie kombinieren „Standortvorteile“ vieler Län-

2 Mitteilung der EU-Kommission: Ein wettbewerbsfähiges Europa in einer globalen Welt, Oktober 2006: http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2006/october/tradoc_130468.pdf

der – (Niedriglöhne, geringe Unternehmenssteuern, niedrige Umwelt- und Sozialstandards auf der einen, hohe Qualifikation von Arbeitskräften, wissenschaftliche Leistungsfähigkeit sowie moderne Kommunikationssysteme und Infrastrukturen auf der anderen Seite) je nach Bedarf und Profitaussicht. Das internationale Handelsvolumen steigt seit zwei Jahrzehnten zwei bis zweieinhalb Mal so schnell wie das weltweite Bruttosozialprodukt. Es werden also immer mehr Güter gehandelt, aber die gehandelten Werte kommen nicht entsprechend in der Gesellschaft in Form von Löhnen und Gehältern oder auch Steuereinnahmen an, mit denen Investitionen in Sozialsysteme, Bildung, Infrastruktur oder eben Umweltschutz finanziert werden könnten. Produkte beziehungsweise Zwischenprodukte werden in zunehmendem Umfang mehrfach hin und her transportiert, bevor sie den Verbraucher erreichen. Derart „billig“ hergestellte Waren werden überall auf der Welt zu so geringen Preisen angeboten, dass lokale Wirtschaft und Landwirtschaft zerstört wird. Möglich ist dies, weil durch die internationale Handelsordnung, festgelegt im Rahmenwerk der WTO, einerseits der barrierefreie Warenaustausch gefördert wird, es aber gleichzeitig dort keine Verpflichtung auf Menschenrechts-, Umwelt-, Sozial- und Nachhaltigkeitsstandards gibt. Andererseits redet die Wirtschaft(-spolitik) in den Mitgliedstaaten einen Standortwettbewerb um die niedrigsten Kosten für eben die global agierenden Unternehmen herbei



und fordert weitere Absenkungen von Lohnkosten und Unternehmenssteuern. Die Einführung oder Verbesserung von Systemen öffentlicher Daseinsvorsorge bleibt schließlich für viele Länder höchstens Wunschtraum.

Tatsächlich haben sich auch die Industrien in der EU und ihren Mitgliedstaaten mit ihrer jahrzehntelangen einseitigen Orientierung auf Exportwirtschaft in Abhängigkeit von Exportmöglichkeiten für ihre Produkte und Dienstleistungen begeben und hängen gleichzeitig von Importen von Energie und Rohstoffen ab. Sie haben sich aber auch eine unvergleichliche Einflussposition gegenüber der Politik aufgebaut. Dementsprechend einseitig setzt die erwähnte Außenhandelsstrategie der EU voll auf den weltweiten Abbau von Zöllen und „nichttarifären Handelshindernissen“ – also zum Beispiel staatlicher Subventionen oder Umwelt- und Verbraucherschutzbestimmungen wie ein Verbot genetisch veränderten Saatguts oder Umweltauflagen beim Bau von Kraftwerken, Tagebauen etc. Konkret geht es um weltweiten Zugang zu Märkten und Ressourcen für die europäischen Industrien. Ziel ist Wettbewerbsfähigkeit, gemeint als Fähigkeit, in einer internationalen Freihandelsordnung ganz vorne mitzuspielen. Mit jedem weiteren Schritt zum Abbau von Bestimmungen, die Handel regulieren (nicht: verhindern) sollen, verfestigen und verstärken sich jedoch diejenigen Strukturen, die zu ökologischen und sozialen Verwerfungen beitragen, nachhaltige Entwicklung dabei jedoch unmöglich machen.

Politik hat aber die Aufgabe, Rahmenbedingungen zu setzen, um wenigstens die Mehrheit der Menschen am – durchaus vorhandenen – Reichtum zu beteiligen, sie vor der Zerstörung ihrer natürlichen, sozialen und ökonomischen Lebensgrundlagen zu schützen.



Die Marktregeln der Welthandelsorganisation müssen um ihnen vorangehende verbindliche Menschenrechtsbestimmungen und soziale und Umweltregeln ergänzt werden. Um das zu ermöglichen, ließe sich entweder das Vertragswerk selbst verändern oder die entsprechenden internationalen Konventionen erweitern und um Durchsetzungsmechanismen ergänzen. Wo die EU ihrerseits Zollsenkungen einräumt, muss sie auf die Einhaltung solcher Standards achten. Selbst innerhalb der geltenden Handelsordnung ist das möglich, und sie hat auch bereits Mechanismen entwickelt, die sich sinnvoll ausbauen lassen. In Handelsverträge könnten generell entsprechende Bestimmungen aufgenommen werden, ebenso gemeinsame Strategien für umweltverträgliche öffentliche Aufträge.

Statt auf Marktöffnungsideologie müsste auf die Entwicklung regionaler Wirtschaftskreisläufe gesetzt werden, was vor Ort die Förderung von Bildung, Wissenschaft, Infrastruktur und neuer Technologien erfordert. Innerhalb der EU ginge das über verbesserten Einsatz europäischer und nationalstaatlicher Strukturfördermittel. Auch die Landwirtschaftspolitik ließe sich so umorganisieren, dass sich ökologische Produktion, Verarbeitung und Vertrieb in der Region lohnen und durchsetzen. Agrarexportsubventionen haben dabei rein gar nichts zu suchen. Entwicklungsländern müssen zur Unterstützung für Klimaschutz- und Klimaanpassungsmaßnahmen angemessene Finanzmittel durch die Industrieländer bereitgestellt werden. Zu einer solidarischen Klimapolitik gehört unter anderem die Umgestaltung der Förderpolitik nationaler und internationaler entwicklungspolitischer Finanzinstitutionen (KfW, EIB, Weltbank, IWF) zugunsten dezentraler erneuerbarer Energien und Energieeffizienztechnologien, aber auch allgemein zum Aufbau regionaler Wirtschaftsstrukturen. Ebenso notwendig ist die schnelle Verbreitung erforderlicher wissenschaftlicher und technischer Fähigkeiten im Bereich erneuerbarer Energie- und Energieeffizienztechnologien.

Es ist richtig und wichtig, dass sich die EU für ein internationales Nachfolgeabkommen zum Kyoto-Protokoll einsetzt, an dem sich möglichst alle Staaten der Erde beteiligen. Gerade Entwicklungsländer werden dem jedoch nur zustimmen, wenn sie wissen, dass sie bei der Umsetzung die dringend notwendige Unterstützung erhalten. Gleichzeitig müssen die Industrieländer anerkennen, dass sie die Hauptverantwortung an den Ursachen des Klimawandels tragen und deshalb die größten Reduzierungen an CO₂-Ausstoß und Einsparungen von Energie- und Ressourcenverbrauch vornehmen müssen.

Beispielsweise ist ein Emissionshandelssystem unglaublich, wenn CO₂-Zertifikate, wie bisher geschehen, kostenlos an Unternehmen in der EU abgegeben werden. Es kann seinen Sinn überhaupt nur erfüllen, wenn alle Zertifikate von Anfang an versteigert werden. Zu begrüßen ist immerhin, dass

nun auch der Luftverkehr in das System einbezogen werden soll. Erforderlich wäre allerdings auch eine Ausweitung auf Transporte im Straßenverkehr. Es darf auch nicht sein, dass sich Unternehmen hierzulande mit teilweise fragwürdigen Umweltinvestitionen in Entwicklungsländern von ihren Verpflichtungen in Europa freikaufen und letztlich mehr Treibhausgase produzieren als zuvor³.

Absolut zu befürworten ist das Vorhaben der EU, erneuerbare Energieträger zu fördern. Keine neue Energietechnologie hat sich jemals ohne Unterstützung von staatlicher Seite durchsetzen können. Würden die Gelder, die heute für die „Modernisierung“ konventioneller Produktion bereitstehen, in tatsächliche neue, alternative Energien investiert, könnten diese innerhalb kurzer Zeit einen Großteil des Bedarfs abdecken. Eine allzu offensichtliche Täuschung ist es, auf angeblich saubere Atomenergie zu setzen oder auf neue Braunkohlekraftwerke, die CO₂-Emissionen im Boden speichern. Berechnet man bei ersterer die Schäden, die durch die Errichtung der Kraftwerke, den Uranabbau, mögliche Unfälle und die Lagerung der Brennstäbe entstehen, sieht die Energiebilanz überhaupt nicht rosig aus. Auch letztere Technologie ist nur eine kosmetische Behandlung der Nutzung eines fossilen Brennstoffs, der in Deutschland eigentlich schon so gut wie aufgegeben war.

Die Idee, Zölle auf besonders umweltfreundliche Produkte zu senken, ist eine gute Sache. Jedoch nur so lange, wie das nicht bewirkt, dass vermehrt Biokraftstoffe in die EU exportiert werden, deren Ausgangsprodukte wie z. B. Mais in den Ländern, die sie anbauen, zu Monokulturen, Abholzung von Wäldern, Verdrängung anderer Agrarprodukte und Verteuerung der Grundnahrungsmittel führen.

Um den ihr zukommenden Beitrag zu globalen Herausforderungen tatsächlich leisten zu können, wäre in der Politik der EU ein grundsätzlich anderer, kohärenterer Politikansatz notwendig. Der Umgang mit den Problemstellungen des Klimawandels muss darauf zielen, der nachhaltigen sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung aller Weltregionen förderlich zu sein. Eine Handelspolitik, die nicht gleichzeitig Umweltbelange berücksichtigt, vergisst, dass ohne den Erhalt der Umwelt weder die Armut in den Entwicklungsländern dauerhaft bekämpft werden kann, noch die Industrieländer ihren Wohlstand erhalten können. Doch nur, wer unter akzeptablen Bedingungen leben kann, wird auch die Notwendigkeit von vielleicht einschränkenden umweltpolitischen Maßnahmen akzeptieren.

3 Zum Thema Emissionshandelssystem siehe den Artikel von Bernd Brouns in diesem Heft.

JENS HOLM

Europaabgeordneter der Vänsterpartiet, Schweden

Nahrung, Klima, Gerechtigkeit – die Verantwortung der Linken

Wie in vielen anderen Ländern sind die Klimaveränderungen auch in Schweden zu einer der absolut wichtigsten politischen Fragen geworden. Es vergeht kein Tag ohne neue Forschungsberichte über die globale Erwärmung und die damit verbundenen Bedrohungen. Das ist durchaus zu begrüßen, denn Information und aufrüttelnder Alarm sind wichtig. Aber gemessen an all unseren Kenntnissen über die Klimabedrohung geschieht nach wie vor verhältnismäßig wenig auf der politischen Ebene. Die Linke sollte es als ihre Verantwortung ansehen, dieses Vakuum mit offensiven Lösungen zu füllen, zum Nutzen der Umwelt und um unser aller Überleben willen. Ich glaube, dass wir mit unserer antikapitalistischen Haltung, unserer Gerechtigkeitsperspektive und Vorliebe für gesellschaftliche Planung eine völlig einzigartige und entscheidende Rolle zu spielen haben.



Wir brauchen eine Gerechtigkeitsperspektive

In Europa haben wir bereits all die Beispiele für das Vordringen des Klimawandels: Überschwemmungen, extrem heiße Sommer, schneelose Winter usw. Trotzdem sind die europäischen Klimaveränderungen aus globaler Perspektive immer noch bescheiden. Im Süden lebt man schon mitten in der Klimakatastrophe.

Ist es nicht eine Ironie der Geschichte, dass ausgerechnet die Länder, die die Umwelt am meisten verschmutzen (Schweden sechs, Deutschland zehn und die USA 20 Tonnen Treibhausgasausstoß pro Kopf und Jahr), diejenigen sind, die am geringsten vom Treibhauseffekt betroffen werden? Der jüngste Klimabericht der UNO deutet darauf hin, dass es vielmehr die ärmsten Länder sind, die am härtesten getroffen werden, wenn der Klimaschock zuschlägt. Schon heute werden Tausende von Menschen zur Flucht aus ihren überschwemmten Wohnungen in Bangladesch (Emissionen von 0,2 Tonnen pro Kopf und Jahr) gezwungen. Man rechnet damit, dass in der Zukunft 40 Millionen Einwohner des Landes das gleiche Schicksal erleiden und zu Klimaflüchtlingen werden, wenn große Teile Bangladeschs im Wasser versinken. Ganz Botswana (mit Emissionen unter einer Tonne pro Kopf und Jahr) wird in eine Wüste verwandelt werden, wenn die Temperatur um drei Grad ansteigt. Wenn nichts unter-



nommen wird, ist dies ein realistisches wie grauenhaftes Zukunftsszenario. Es ist so, wie Klaus Töpfer, der ehemalige Chef des Umweltprogramms der UNO, UNEP, kürzlich sagte: „Klimaveränderungen sind eine Massenvernichtungswaffe, die gegen die Ärmsten gerichtet ist.“ Diejenigen, die diese Massenvernichtungswaffe besitzen, sind leider wir im reichen Teil der Welt. Es ist also höchste Zeit für wirksame Maßnahmen.

Von wem kann man Vorschläge für diese Maßnahmen erwarten? Hier liegt eine ganz entscheidende Aufgabe der Linken. Ausschließlich wir legen in der Klimadebatte den klaren Maßstab der Gerechtigkeitsperspektive an: Derjenige, der am meisten verschmutzt, muss auch am meisten aufräumen. Ja, die europäische Linke hat eigentlich die völlig einzigartige Rolle, wirkungsvolle Lösungen für die großen Umweltprobleme unserer Zeit zu lancieren. Wenn die Rechte „Markt“ und „individuelle Wahl“ propagiert, sollte die europäische Linke mit „öffentlicher Planung“ und „gemeinschaftlichem Handeln“ antworten. Wenn die Rechte unsere Überlebensfrage an die „unsichtbare Hand des Marktes“ und eine anonyme Masse von Konsumenten verweist, sollte die Linke dem die Idee „Gemeinsame Probleme gemeinsam lösen“ entgegenstellen.

Gerechtigkeit auf dem Esstisch

Es gibt viel zu tun: Maßnahmen gegen den ständig ansteigenden Flugverkehr, den privaten Autoverkehr, den Transportwahnsinn der LKW-Transporte kreuz und quer durch Europa, die Zunahme der Einwegprodukte, die Energieverschwendung und vieles andere mehr. All dies ist wichtig. Aber eine Frage, die meiner Meinung nach im Hinblick auf den Klimawandel allzu oft vergessen wird, ist etwas so Konkretes wie das, was wir täglich essen: Ungefähr ein Drittel der Klimabeeinflussung durch eine europäische Durchschnittsfamilie hängt mit Lebensmitteln zusammen. Was wir auf unsere Teller legen, hat also eine entscheidende Bedeutung. Der SPIEGEL (Nr. 35/2008 vom 25.08.2008) zitierte denn auch den Chef der Verbraucherschutzorganisation Foodwatch mit den Worten: „Das Rind ist eine Klima-Bombe.“

Bestimmte Ernährungsformen belasten die Umwelt wesentlich mehr als andere, zum Beispiel Fleisch. Im vergangenen Herbst präsentierte die Welternährungsorganisation FAO eine 400seitige Studie „Livestock´s Long Shadow“ über den Zusammenhang zwischen Tierzucht und Klimaveränderungen. Sie verweist darauf, dass Fleischindustrie und Tierzucht 18 Prozent der gesamten Treibhausgasemissionen ausmachen. Sie beeinflussen die Umwelt faktisch mehr, als sämtliche Straßentransporte, konstatiert die FAO.

Der Fleischkonsum hat sich seit 1950 verfünffacht. Und bis zum Jahr 2050 rechnet man damit, dass sich der globale Fleischkonsum, verglichen mit 1999, nochmals verdoppeln und von 229 Millionen Tonnen auf 465 Millionen Tonnen anwachsen wird. Pro Kopf sind es die reichen Länder der Erde, die für den größten Verbrauch stehen, insbesondere Nordamerika und Europa. Leider unterstützt die EU dieses globale Umwelt- und Rohstoffproblem mit Milliardensummen (die Summe der direkten EU-Subventionen und -Interventionen für die Tierproduktion belief sich 2007 auf ca. 3,5 Milliarden Euro).

Über ein Drittel des Getreides, das in der Welt geerntet wird, wird an Tiere verfüttert. In der EU werden fast 80 Prozent des Getreides zu Tierfutter! Viele Entwicklungsländer finden es gewinnträchtiger, Grundnahrungsmittel für Europas Fleischindustrie zu exportieren als die eigene Bevölkerung zu ernähren. Dies gilt z. B. für Brasilien. Sojabohnen gehören zu den wichtigsten Futterzutaten bei den europäischen Tierbeständen, der absolut größte Teil davon kommt aus Brasilien. Allein in die EU werden jährlich 35 Millionen Tonnen Soja als Futter für Rinder, Schweine, Hühner und andere Nutztiere exportiert, und die deutschen Viehzüchter gehören dabei zu den Großverbrauchern. Diese Sojamenge entspricht ungefähr 20 Millionen Hektar Anbaufläche in Brasilien. Wäre sie in Europa selbst produziert worden, hätte dies 20 Prozent der Gesamtanbaufläche der EU entsprochen. Der hohe Futterexport hat dazu geführt, dass Brasilien heute der zweitgrößte Produzent von Soja

ist, was einem Viertel der Weltproduktion entspricht. Davon geht fast alles in den Export. In Brasilien verfünffachte sich der Anbau von eiweißreichen Sojabohnen zwischen 1965 und 1997.

Die Natur jedoch wird von dieser enormen Sojaproduktion durch die Rodung von Regenwald, Savanne und anderen Naturflächen und die Verbreitung von Chemikalien negativ beeinflusst. Die Regenwälder nehmen zwar nur sechs Prozent der Fläche der Erde ein, für Flora und Fauna aber haben sie eine enorme Bedeutung. Die Fähigkeit der Regenwälder Kohlendioxid zu binden, ist außerdem ein wichtiger Faktor, dem Treibhauseffekt zu begegnen. Indirekt beschleunigt also auch die Futterproduktion die Klimaveränderungen. Die großflächigen Sojapflanzungen führen aufgrund der intensiven Regenperioden zudem oft ein großes Erosionsrisiko für die Böden mit sich. Karge Böden wiederum bedeuten, dass neue Flächen gerodet werden müssen, um neue Anbauflächen zu schaffen.

Die europäische Fleischproduktion führt also zur Abholzung von außerordentlich wichtigen Naturflächen im Süden und zum Export bester Nahrungsmittel aus Entwicklungsländern als Tierfutter. Die Linke sollte sich dieser destruktiven Entwicklung widersetzen und aufzeigen, wie die Entwicklungsländer ihre eigenen Naturgebiete besser nutzen und sich in größerem Umfang selbst ernähren können. Die schwedische Linkspartei hat daher als einen Schritt, um unserer Verantwortung gerecht zu werden, Vorschläge zur Minderung des Fleischverbrauchs Schwedens in den schwedischen Reichstag eingebracht. Anstatt die Produktion tierischer Erzeugnisse zu subventionieren wäre es gewinnbringender, wenn wir mehr vegetarische Produkte konsumieren würden.

Auch vor diesem Hintergrund setzt sich die schwedische Linkspartei für die Abschaffung der Agrarsubventionen der EU ein. Die heutige Landwirtschaftspolitik der EU resultiert aus der Lebensmittelkrise nach dem Zweiten Weltkrieg. Heute jedoch ist die Lage völlig anders. Statt eine regional lebenskräftige Landwirtschaft zu garantieren, verursacht die Politik der EU eine destruktive Spirale von Futter- und Tiertransporten in der ganzen Welt. (Wer mehr über die Klimabeeinflussung der Fleischindustrie wissen will, kann meinen Bericht „The livestock industry and climate“ lesen, der auf der Site www.jensholm.se/english herunter geladen werden kann.)

Die Linke in der ersten Reihe

Die Klimaveränderungen drohen unsere gesamte Welt zu zerstören. Wir haben nicht viel Zeit, um diese Entwicklung zu stoppen. Es ist deswegen entscheidend, die richtigen Maßnahmen so schnell wie möglich zu treffen. Ein verringerter Fleischverbrauch sollte ein Teil der Umweltstrategie der Linken

sein. Auch wenn alle etwas tun können, um ihren Lebensstil zu verändern, kann die Hauptverantwortung für diese gesellschaftliche Veränderung nicht dem Individuum allein aufgebürdet werden. Durch politische Entscheidungen (z. B. die Anpassung der Lebensmittelsteuer) sollte man Fleisch teurer und pflanzliche Produkte billiger machen. Der Gesundheitssektor, die Schule und die Altenpflege sollten vorangehen mit ihrem Engagement für gutes nahrungsreiches und klimafreundliches Essen. Fleischsubventionen sollten abgewickelt und Gelder dafür eingesetzt werden, moderne Fleischalternativen zu entwickeln. Dies käme nicht bloß dem Klima zugute, sondern wäre auch für unser aller Gesundheit von Vorteil. Dies würde zudem die Nutztiere vor langen Transporten und industrieller Schlacht verschonen. Ein verringerter Fleischkonsum würde zugleich die Voraussetzungen für die Ernährung der gesamten Weltbevölkerung verbessern. Würden wir weniger Fleisch essen, könnten mehr Lebensmittel für die Ernährung von Menschen genutzt werden.

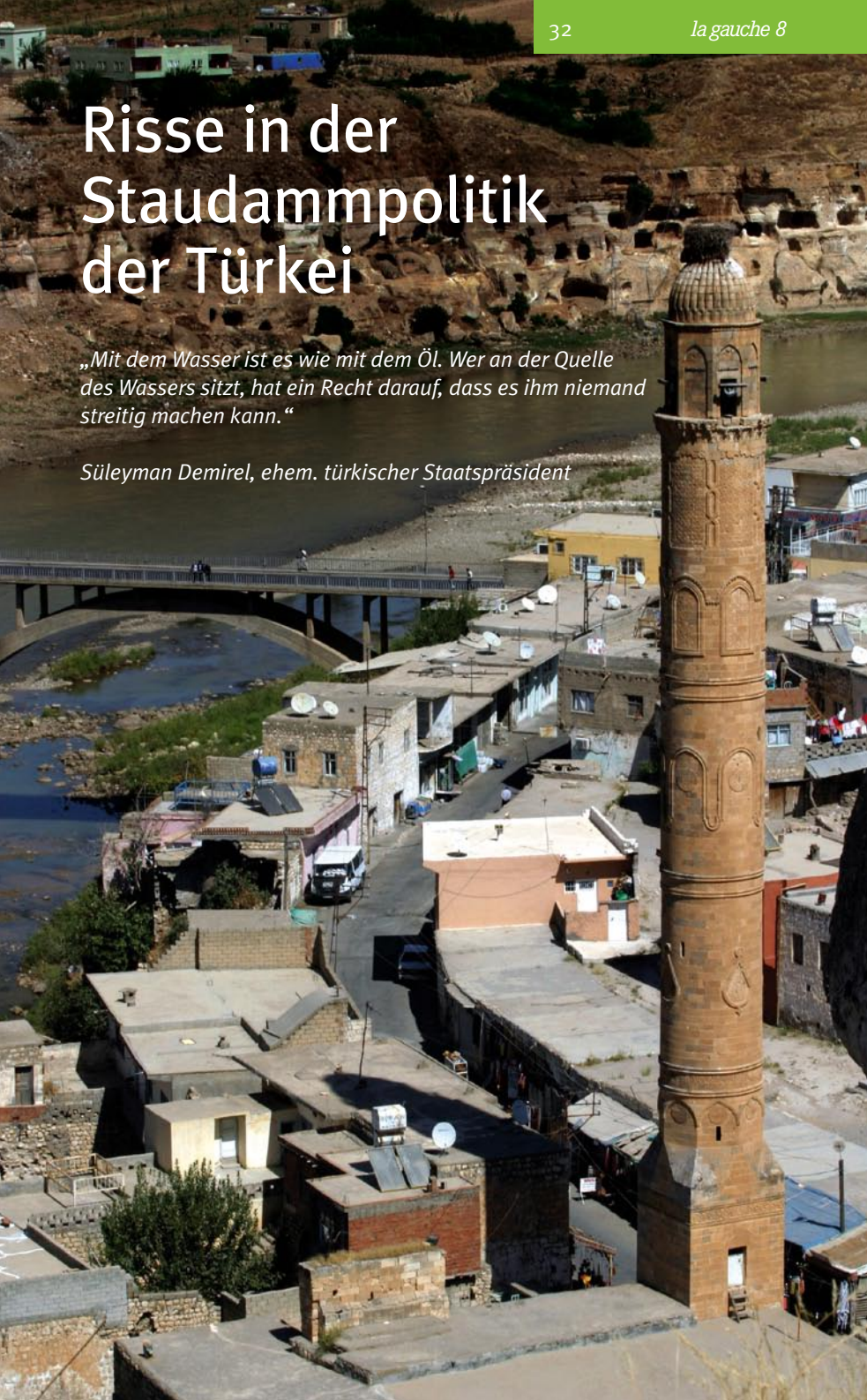
Aber um dies zu erreichen, ist entschlossenes politisches Handeln von Nöten. Die bisherige Erfahrung hat gezeigt, dass das Festhalten am Marktmodell der EU und der Mangel an wirkungsvollen Lösungsansätzen des neoliberalen politischen Lagers gerade der europäischen Linken die historische Aufgabe überträgt, den Planeten zu retten und das Überleben unserer Kinder zu sichern.



Risse in der Staudammpolitik der Türkei

*„Mit dem Wasser ist es wie mit dem Öl. Wer an der Quelle
des Wassers sitzt, hat ein Recht darauf, dass es ihm niemand
streitig machen kann.“*

Süleyman Demirel, ehem. türkischer Staatspräsident



FELEKNAS UCA

Europaabgeordnete DIE LINKE

Seit Jahrzehnten versucht die türkische Regierung, mit dem Ilisu-Wasserkraftwerk einen der größten Staudämme im Südosten der Türkei zu errichten: in einer Region, in der massive Armut vorherrscht, die von einem jahrelangen politischen und gewalttätigen Konflikt geprägt ist und in der Menschenrechtsverletzungen noch immer an der Tagesordnung sind. Die Konflikte um die Wassernutzung im Euphrat-Tigris Becken würden mit dem Ilisu-Staudamm eine neue Dimension erreichen. Schon 1997 beauftragte die türkische Regierung ein internationales Konsortium, den umstrittenen Staudamm zu bauen.

Doch das Projekt ist so kontrovers, dass sich in den letzten Jahren fast alle beteiligten Investoren und Unternehmen aufgrund von internationalen Protesten daraus zurückgezogen haben. Einige einflussreiche Befürworter des Ilisu-Staudamms in Europa ignorieren jedoch ihre soziale und ökologische Verantwortung. Allen voran die Unternehmen, die ein Milliardengeschäft wittern und denen ihre Profite wichtiger sind als die Lebensbedingungen zehntausender Menschen, der Erhalt Jahrtausende alter Kulturgüter und die Vermeidung internationaler Konflikte um die Nutzung von Wasser.



Das Südostanatolienprojekt (GAP)

Die Planungen für den Bau des Ilisu-Staudamms sind Teil eines der weltweit umfangreichsten Infrastrukturprojekte. Das unter der Abkürzung GAP (Güneydogu Anadolu Projesi) bekannte Südostanatolienprojekt wurde von der türkischen Regierung bereits in den 1970er Jahren gestartet. Es erstreckt sich im türkischen Teil des Euphrat-Tigris Becken entlang der syrischen und irakischen Grenze im äußersten Südosten der Türkei. Es umfasst ein Gebiet von ca. 75.000 km². Ziel des GAP ist laut der türkischen Regierung die wirtschaftliche Entwicklung des Südostens der Türkei, eine der ärmsten Regionen des Landes. Mit Staudämmen, Elektrizitätswerken und Bewässerungsanlagen sollen die reichhaltigen Wasserressourcen der Region nutzbar gemacht werden. Laut dem Gesamtplan für das GAP sollen insgesamt 22 Staudämme und 19 Wasserkraftwerke mit dem Ziel der Energiegewinnung und Bewässerung entstehen. Der durch Staudämme erzeugte Strom soll nach Fertigstellung ca. 20 Prozent des gesamten Strombedarfs der Türkei abdecken. Das Entwicklungskonzept des GAP baut vor allem auf die Umwandlung der von Subsistenzwirtschaft geprägten Landwirtschaft in eine auf Export ausgerichtete Agrarindustrie. Monokulturell bewirtschaftete Flächen sollen weit reichend ausgedehnt sowie die Verwendung modernster Maschinen und hochertragreicher Pflanzensorten forciert werden. Zur Vermeidung von Missernten ist

der flächendeckende Einsatz von Insektiziden, Pestiziden und Dünger vorgesehen. Auch die Energieproduktion ist nicht nur zur Deckung des eigenen Bedarfs vorgesehen, sondern soll auch dem Export dienen.

Ökologische Folgen und Massenumsiedlung durch Staudambauten

Nach Schätzungen mussten den bisher gebauten Staudämmen mehrere tausend Menschen weichen und haben dadurch ihre Lebensgrundlage und die Möglichkeit zur eigenständigen Existenzsicherung verloren. Das gleiche gilt auch für diejenigen, die in der weiteren Umgebung der Staudämme wohnen. Das Fischen an den Flüssen, das in der GAP-Region für viele Menschen einen wichtigen Beitrag zur Ernährung leistet, wird erschwert oder unmöglich gemacht, da die Fischpopulationen in den Stauseen absterben, in denen sich die Abwässer der Städte und der Landwirtschaft sammeln. Zudem wird fruchtbares Ackerland knapp, da die Überflutung der reichen Böden an den Flusstälern und der großflächige Anbau von Monokulturen die Bodenversalzung in der Region verstärkt. Der Verlust der materiellen Lebensgrundlage wird im Rahmen des GAP jedoch nicht durch die Schaffung neuer Möglichkeiten zur Existenzsicherung kompensiert – sei es durch neue Arbeitsplätze, die Zuteilung neuer fruchtbarer Länder oder ausreichende Entschädigungen im Rahmen von Umsiedlungen.

Energiepolitische Alternativen

Der Bau des Ilisu-Staudamms wird von türkischer Seite vor allem mit dem wachsenden Energiebedarf begründet. Die energiepolitischen Argumente sind jedoch nicht überzeugend. Neben dem Ilisu-Staudamm sind drei weitere Staudämme zur Stromgewinnung geplant, die insgesamt etwa halb so viel Strom produzieren sollen. Von Aktivisten vor Ort wurde mehrfach vorgeschlagen, statt des Ilisu-Staudamms mehrere kleine Dämme zu bauen. Allerdings ist bei Staudämmen insgesamt zu beachten, dass sie nicht immer verlässlich arbeiten. Bei niedrigen Pegeln aufgrund von Dürrezeiten kann es zu einer eingeschränkten Leistungsfähigkeit kommen. Es ist also fraglich, ob der geplante Ilisu-Staudamm tatsächlich das Plansoll erzielen kann. Zudem gibt es für die Türkei eine Vielzahl anderer Möglichkeiten, den Energiebedarf des Landes zu decken. So bietet das Land ein enormes Potenzial für den Ausbau von erneuerbaren Energien und die Verbesserung der Energieeffizienz. In der Türkei wächst der Bedarf an Energie zwar jährlich um mehr als sieben Prozent. Gleichzeitig hat das Land jedoch unter den OECD-Mitgliedern die niedrigste Energieeffizienz: 21 Prozent des produzierten Stroms geht durch das marode Verteilernetz verloren. Nach Angaben eines ehemaligen Mitarbeiters des staatlichen Wasserbauamts der Türkei laufen die bereits in Betrieb befindlichen Dämme schon unter ihrer Kapazität. Ein weiterer Punkt wäre die verstärkte Nutzung des Potenzials an erneuerbaren Energien. Die Türkei besitzt ein gigantisches Potenzial für



die Nutzung regenerativer Energien, die mit einem Anteil der erneuerbaren Energien enorm ausbaubar wäre. Das Land ist reich an Sonnen-, Wind- und Bioenergie.

Die geostrategische Dimension

Auf ihrem Weg in den Süden zum Persischen Golf durchfließen Euphrat und Tigris den Irak und Syrien – eine Region also, die schon lange als die wichtigste Kornkammer des Nahen Ostens gilt. Mit ihrem trockenen Klima sind die sehr stark landwirtschaftlich geprägten Unterrainer im höchsten Maße vom Flusswasser des Euphrat und des Tigris abhängig. Syrien, dessen Wasserversorgung sich zu 86 Prozent aus dem Euphrat speist, betreibt große Bewässerungsprogramme im Einzugsgebiet des Flusses. Zugleich sollen Teile des wachsenden Energiebedarfs durch Wasserkraft gedeckt werden. Auch für den Irak haben beide Ströme sowohl für die Landwirtschaft als auch für die Trinkwasserversorgung und einen Teil der Stromerzeugung große Bedeutung. Die großen Bewässerungs- und Stauseevorhaben des GAP berühren somit fundamentale Interessen der beiden Anrainerstaaten.

Jede Veränderung der Qualität und Quantität des Wasserzuflusses kann für beide Staaten eine existentielle Bedrohung darstellen. Es existieren auf internationaler Ebene rechtliche Instrumente, um Konflikte im Zusammenhang mit internationalen Gewässern zu vermeiden. Dennoch wendet die Türkei in ihren GAP-Planungen diese internationalen Prinzipien nicht an und lehnt zudem die Unterzeichnung der UN-Konvention über die nicht-schiffbare Nutzung grenzüberschreitender Wasserwege ab, in der die Vertragsstaaten zusichern, Anrainern am Unterlauf des Flusses keinen Schaden zuzufügen. Die türkische Regierung begründet ihre strikte nationale Interessenverfolgung mit dem Prinzip der absoluten territorialen Souveränität.

Aktueller Stand des Staudammprojekts

Das Ilisu-Staudammprojekt im Südosten der Türkei befindet derzeit sich in einer kritischen Phase. Dies wurde bei einem Treffen deutlich, das Ende Juni 2008 in Wien stattfand und auf dem Nichtregierungsorganisationen mit den für die Projektüberwachung zuständigen Experten und den Exportagenturen Deutschlands, Österreichs und der Schweiz diskutierten. Während die Union Bank of Switzerland (UBS), die Zürcher Kantonalbank (ZKB) sowie verschiedene deutsche Landesbanken eine Beteiligung am Ilisu-Projekt ablehnten, gewährte die Deka Bank im August 2007 einen Kredit, mit dem der Stuttgarter Baufirma Züblin die Beteiligung am Projekt ermöglicht wird. Hermesbürgschaften der Bundesregierung sichern den Kredit ab, haben aber die Einhaltung von 150 Auflagen durch die türkische Regierung zur Bedingung. Ein internationales Expertenkomitee überprüfte Ende 2007 den Stand der Auflagenumsetzung. Sein im März dieses Jahres vorgestellter Bericht fällt verheerend aus: Die Türkei verstößt gegen fast alle Auflagen, die sie vertraglich bis Ende 2007 zu erfüllen hatte. Seit der Bürgschaftsbewilligung wurde keine der vereinbarten Auflagen umgesetzt. Angesichts dieser Missachtung aller internationalen Standards seitens der Türkei, gibt es aus meiner Sicht für die Bundesregierung nur eins zu tun: sie muss ihre Hermesbürgschaft in Höhe von 93,5 Millionen Euro für die Züblin AG zurückziehen, wie es DIE LINKE im Entwicklungsausschuss des Bundestages bereits gefordert hat. Die Abgeordneten der Regierungskoalition lehnten dies jedoch mit der Begründung ab, die Hermesbürgschaft sichere deutsche Arbeitsplätze. Dies ist bezeichnend für die gesamte Debatte.

MILOSLAV RANSDORF

*Europaabgeordneter der Kommunistischen Partei
Böhmens und Mährens*

Was lernen wir aus der historischen Klimatologie?

Karl Marx und Frierich Engels haben die Geschichte als einen naturgeschichtlichen Prozeß betrachtet. Das ist sehr wichtig, wenn man eine Debatte über ökologische Fragen beginnt. Die Natur, das Klima und die Landschaft¹ sind keine statischen Größen. Das Klima wandelt sich und hat sich immer gewandelt. Besonders im Falle der Geschichte der nomadischen Völker hatte das Klima einen riesigen Einfluß auf Aufstieg und Fall der großen Reiche. So wurde die Dynamik der zentralasiatischen Staatsgebilde durch den Klimawandel im Wesentlichen bestimmt. Das haben z. B. die grundlegenden Arbeiten von Lew Gumiljow festgestellt². Die westlichen Leser, die des Russischen nicht mächtig sind, kennen – leider – die Analysen nicht im Original.



Aber auch die europäischen Gesellschaften wurden durch die klimatischen Veränderungen beeinflusst. Das späte Altertum und die Völkerwanderung, die warme Periode der mittelalterlichen Geschichte zwischen 800–1300, die kleine Eiszeit zwischen 1300–1850³ sind bekannte Beispiele dafür, wie sich das Klima als geschichtlicher Faktor erwiesen hat. Zwischen 800–1300 haben die stabilen hohen Temperaturen zur Verbesserung der Ernährungslage beigetragen. Die Ernten waren besser, es kam zur Vergrößerung der Bevölkerungszahl, zur Erweiterung der Anbauggebiete. Der ständige Aufstieg der europäischen Nationen hatte auch dies zur Grundlage. Die Weinberge in Nordengland in dieser Zeit sind ebenso bekannt wie die Entdeckung Grönlands und Nordamerikas. Die beginnende kalte Periode mit der neuen Phase der so genannten nordatlantischen Oszillation hat diese Kolonien vernichtet oder reduziert.

1 z.B. Hansjörg Küster, Geschichte der Landschaft in Mitteleuropa von der Eiszeit bis zur Gegenwart, Frankfurt am Main-Wien 2007

2 Lew Gumiljow, Istorija naroda Chunnu 1–2, Moskau 1997; Drevnjaja Rus i Welikaja Step 1–2, Moskau 1997; Tysjatscheletije wokrug Kaspija, Moskau 2007; Konec i wnow natschalo, Moskau 2000; Drevnije Tjurki, Moskau Moskau 2005; Otkrytije Chasarii, Moskau 2006; O Rusi do Rossii, Moskau 2000; Poiski w ymschljonnogo tsarstwa, Moskau 2007

3 Brian Fagan, The Little Ice Age. How Climate Made History 1300–1850, Basic Books 2002

Die klimatisch goldene Zeit war für die Menschen in Europa mit dem beginnenden 14. Jahrhundert zu Ende. Der ungeheure Mangel an Stabilität, die schlechten Bedingungen für die Bauern, die dauerhaften Regen, die trockenen Sommer, das alles traf Europa unerwartet. Die Furcht war erneut bei den Europäern zu Gast. Die schlechten Ernten, der Hunger, der schwarze Tod bewirkten ab dem 14. Jahrhundert einen Wendepunkt in der Geschichte der europäischen Gesellschaften.

Unsicherheit und Angst wie auch eine wesentliche Reduzierung der Bevölkerung waren neue Erscheinungen in der Kultur. Das zurück gegangene Angebot an Lebensmitteln ging einher mit sozialer Unsicherheit. Der große französische Historiker Emmanuel Le Roy Ladurie hat in seinem umfassenden Werk „Histoire humaine et comparée du climat I–II“⁴ den Zusammenhang zwischen den klimatischen Veränderungen nach 1300 und der Lebensmittelkrise und den daraus erwachsenden sozialen Protesten überzeugend nachgewiesen. Die Geschichte sollte daher für die heute Herrschenden eine Warnung sein, dass man klimatische Fragen nicht ignorieren kann.

Die Geschichte des Klimawandels ist auch die Geschichte der Anpassung der Menschen an die sich verändernden Bedingungen. Das Angebot am Arbeitsmarkt war geringer und der Preis der Arbeitskraft hoch. Es gab zwei Antworten darauf. Entweder wurden die Menschen zunehmend durch Maschinen ersetzt. Oder es entwickelten sich neue Formen der Knechtschaft, z.B. als man begann, Getreide für westeuropäische Städte zu produzieren. Auch der Außenhandel begann, die Lücken im Nahrungsmittelangebot zu decken. Der Klimawandel hat auch zur Entfaltung der Seefahrt beigetragen. Wenn diese Thesen angezweifelt werden, dann könnte man auf das Beispiel Indien verweisen. In Indien, einem Land mit einer hochentwickelten Kultur und mit einem blühenden Handwerk, gab es keine Motivation, die menschliche Arbeitskraft durch Maschinen zu ersetzen. Die menschliche Arbeitskraft war so billig, und das Angebot war so reich, dass von Norden nach Süden die Reproduktionskosten der Arbeitskraft sanken, so der indische Historiker Irfan Habib⁵.

Eine der Antworten war auch die Erweiterung der Märkte. Der Klimawandel hatte einen wichtigen Einfluß etwa auf die territoriale Expansion Russlands nach Sibirien⁶: Die wachsende Nachfrage nach Pelzerzeugnissen und nach

⁴ Paris 2004–2006

⁵ The Potentialities of Capitalist Development in the Economy of Mughal India. An Enquiry. International Economic History Congress, Section 4, The Extent of Capitalist Development outside Europe, s.l., s.a.; Essays in Indian History-Towards a Marxist Perception, Tulika Books 1995; Rhe Economic History of Medieval India: A Survey, Tulika Books 2001

⁶ vgl. auch Clive Ponting, A Green History of the World, Penguin Books 1991

Bauholz konnte von diesen neu entdeckten Gebieten aus gedeckt werden. Um 1650 kam etwa ein Drittel der Einkommen des russischen Staates von diesen Pelzerzeugnissen. Ohne den Klimawandel, ohne die Verschiebung der Durchschnittstemperatur nach unten wäre das kaum vorstellbar gewesen. Die Temperaturschwankungen und die Unsicherheit waren in dieser Zeit ganz normal. Die Einfuhr neuer Pflanzen, die wachsende Flexibilität und die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft waren die Ursachen dafür, dass die klimatische Herausforderung bewältigt worden ist.

Die Bedingungen stabilisierten sich erst mit dem Sieg des kapitalistischen Systems. In dieser Zeit galt die Umwelt als statisch, die nichts kostete. Sie war eine passive Grundlage für den siegreichen Vormarsch des Marktes, der marktgemäßen Produktion. Das hat zur Achtlosigkeit im Umgang mit der Natur beigetragen. Ein einseitiger Produktivismus ist ein schweres und bitteres Erbe aus dieser Zeit. Die Umweltforschung und die allseitige Historisierung und Dialektisierung der Naturwissenschaften haben eine Wende gebracht. Walter Benjamin hat zu Recht geäußert, dass die Ausbeutung der Natur mit der Ausbeutung des Menschen Hand in Hand geht. Die historische Klimatologie kann den Wissenschaftlern und Politikern helfen, die durch Menschen verursachten Faktoren des Klimawandels von denjenigen zu unterscheiden, die durch die Natur bewirkt wurden. Es ist unwesentlich, ob Klimaforscher wie Hartmut Graßl oder Hans Joachim Schellnhuber⁷ Recht haben, oder ob man Skeptikern wie Björn Lomborg⁸ mehr Aufmerksamkeit widmen sollte.

Die Klimaherausforderung ist da, und die Menschheit wird bedroht. Es besteht Bedarf an einer neuen, umweltorientiert interpretierten Geschichtsschreibung, um die Verantwortung der Öffentlichkeit benennen zu können. Solche Bücher wie Clive Pontings „A Green History of the World“⁹ oder Pascal Acots „Histoire du climat“¹⁰ bzw. Wolfgang Behringers „Kulturgeschichte des Klimas“¹¹ sind hoch aktuell. Erstmals in der Geschichte kann die Menschheit ihre klimatischen Lebensbedingungen zerstören. Die Herausforderung zu einer umweltorientierten Verantwortung ist da. Die Antwort ist kompliziert, besonders jetzt, in der Zeit einer zu Ende gehenden langen Kondratjew-Welle¹². Die Anpassung muß jetzt aktiv, innovativ und vorausschauend erfolgen. Marktkriterien und -modelle reichen nicht aus.

7 Stefan Rahmstorf, Hans Joachim Schellnhuber, Der Klima-Wandel, C.H.Beck Verlag, München 2006

8 The Skeptical Environmentalist, Cambridge UP 2001

9 Penguin Books 1991

10 Paris 2004

11 München 2007

12 Nikolai Kondratjew, sowjetischer Wirtschaftswissenschaftler; er entwickelte zur zyklischen Wirtschaftsentwicklung die Theorie der langen Wellen.



Wasser ist ein Politikum

DR. KLAUS LEDERER

Mitglied des Abgeordnetenhauses Berlin DIE LINKE

Der Markt als Lösung für globale Wasserprobleme?

Wasser ist ein kostbares Gut. Wasser ist knapp. Zwar ist unsere Welt zu zwei Dritteln von Wasser bedeckt. Aber lediglich drei Prozent davon sind süßes Wasser, und selbst das ist zu seinem großen Teil im Eis der Polkappen gebunden. Nur 0,7 Prozent der weltweiten Wasservorkommen eignen sich daher zur Nutzung als Trinkwasser, 60 Prozent davon befinden sich in der Hand von nur zehn Staaten des Globus. Da Wasser äußerst ungleich verteilt ist, leben schon heute 20 Prozent der Weltbevölkerung aus 30 Staaten in Regionen mit akutem Wassermangel, im Jahr 2015 werden es bereits 30 Prozent in 50 Ländern sein. Hinzu kommen die Veränderungen des globalen Klimas, die wasserreichen Gegenden zusätzliche Wasserzuflüsse verschaffen, während wasserarme Regionen mehr denn je unter Knappheit und Dürre zu leiden haben.



Wasser ist ein Politikum. Bereits heute haben 1,4 Milliarden Menschen keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser, 2,8 Milliarden Menschen verfügen nicht über die Möglichkeit zu ausreichender Hygiene. Die Tendenz steigt – trotz der Ausrufung ehrgeiziger Millenniumsziele durch die Staatengemeinschaft. Bis 2025 sollte allen Menschen auf der Erde das kostbare Nass zugänglich sein, die Wasserbewirtschaftung sollte den Prinzipien nachhaltiger Entwicklung folgen, wie sie auf der Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro 1992 (United Nations Conference on Environment and Development – UNCED) postuliert worden sind. Die Wirklichkeit sieht im Jahr 2008 so aus: Während im Norden Amerikas jeder Mensch 366 Kubikmeter Wasser im Jahr nutzt, sind es in Europa 232 und in Afrika 25. Zum Quantitätsproblem gesellen sich ungleicher Zugang und das Qualitätsproblem.

Es sind nicht nur die Mängel in den Wasserinfrastrukturen selbst, sondern vor allem die sozioökonomische Entwicklung der vergangenen Jahrzehnte, die die Wasserprobleme verschärft. Dabei unterscheiden sich Norden und Süden grundsätzlich. Wasserkrise und Ressourcenverschmutzung in den Ländern des Nordens sind die Folge ökologisch rücksichtsloser wirtschaftlicher Nutzung und der konsumorientierten Lebenskultur, also – bei aller sozialer Ungleichheit auch hier – tendenziell ein Reichtumsproblem. Im Süden ist es umgekehrt. Ressourcenübernutzung und Wassermangel sind hier vor allem Ausdruck von Armut. Wasser ist das Lebensmittel Nr. 1, aber der nachhaltige Umgang mit der Ressource setzt vor allem die Möglichkeit voraus,

Wasser vorausschauend bewirtschaften, Nutzungskonflikte lösen und die grundlegendsten Bedürfnisse aller Menschen befriedigen zu können. Daran fehlt es oft. Vor allem im Süden wachsen die Großstädte aufgrund sozial veranlasster Migration in gigantischer Schnelligkeit, aber die Entwicklung der Infrastrukturen – von Müllentsorgung bis Wasserver- und Abwasserentsorgung – kann bei den bestehenden sozialen und ökonomischen Verhältnissen hier nicht mithalten.

Die Europäische Gemeinschaft bekennt sich nominell zu dem, was bereits 1977 in Mar del Plata durch die Internationale Gemeinschaft festgestellt wurde: Wasser ist Naturressource, kein marktgängiges Gut. „Wasser ist keine Handelsware wie jede andere, sondern ein ererbtes Gut, das geschützt werden muss“, so heißt es in der EG-Wasserrahmenrichtlinie von 2000. Allerdings bemühen sich die Instanzen der EU schon seit Jahren darum, die Erbringung lokaler Wasserdienstleistungen, wie der Trinkwasserver- und Abwasserentsorgung, den Binnenmarktregeln zu unterwerfen. Das hat seine Gründe. Während in Deutschland die Siedlungswasserwirtschaft traditionell kleinteilig und in kommunaler Hand betrieben wird, ist in Frankreich die Vergabe an private Versorger verbreitet. England und Wales haben bereits in den späten 1980er Jahren begonnen, das natürliche Monopol der Wasserinfrastrukturen an private Unternehmen zu verkaufen und damit primär der Kapitalreproduktion auszusetzen. Damit tummeln sich in Europa starke ökonomische Interessen mit dem Ziel der Erschließung neuer Anlagemöglichkeiten – nicht nur international, sondern auch in der „homebase“.

So greifen mehrere Trends ineinander. Vom Einsatz privaten Kapitals versprechen sich internationale Institutionen wie IWF und Weltbank eine Lösung der weltweiten Wasserprobleme und die Lobbys der „global player“ lohnende Anlagemöglichkeiten. Mit dem europäischen Privatisierungstrend sind mächtige Konzerne entstanden, die zu den Weltmarktführern zählen. Die Großunternehmen Suez-Ondeo, Veolia und Thames Water machen jährlich Milliardenumsätze im Wassersektor und gelten als lukrative Kapitalanlagen. Demgegenüber haben viele lokale Behörden mit den Problemen der Wasserinfrastrukturen zu kämpfen: neue technologische Herausforderungen durch neue Verschmutzungsprobleme, Investitionsnotwendigkeiten in alte Netze mit hohen Leckage-Raten, klamme öffentliche Kassen. Es scheint, als ließen sich durch eine expansive europäische „Standortpolitik“ mehrere Fliegen mit einer Klappe schlagen: die Lösung der kommunalen Probleme, die Förderung der „Weltmarktposition“ transnationaler Konzerne und hierzu die Nutzung internationaler, europäischer und nationalstaatlicher Entwicklungshilfemittel in den Ländern des Südens. Dieses Konzept entspricht voll und ganz der rein ökonomischen Perspektive und den dahinter stehenden Interessen. Die Sicherung der nicht-ökonomischen Notwendigkeiten obliegt



danach den lokalen Behörden, denen hierfür wiederum der Einsatz ökonomischer Instrumente und des Wettbewerbs als Allheilmittel ans Herz gelegt wird.

Anders als in vielen Infrastruktursektoren der „Daseinsvorsorge“ gibt es für Wasserinfrastrukturen keine europäische Sektorenrichtlinie, die eine Öffnung der bislang geschlossenen Ver- und Entsorgungsgebiete vorsieht. Oder mit anderen Worten: Bisher ist kein Mitgliedstaat unmittelbar gezwungen, den Sektor kommunaler Wasserdienstleistungen umfassend (etwa durch Ausschreibung des Betriebes oder Versteigerung der Monopole und Anlagen) für privates Kapital zu öffnen. Das ist nicht etwa Ausdruck besonderer Liberalisierungsskepsis auf EU-Ebene, sondern ein Ergebnis von Kämpfen und Auseinandersetzungen, die bislang erfolgreich waren. Zu groß war der Widerstand gegen eine „sektorale Lösung“ zur Öffnung der „Wassermärkte“, obgleich in Großbritannien und Frankreich, aber auch in Deutschland selbst, mächtige Akteure versucht haben, ihre Interessen in diesem Sinne durchzusetzen.

Trotzdem wird auch dieser Sektor mehr denn je unter dem primären Gesichtspunkt der Rentabilität betrachtet. Auch die lokalen Gemeinwesen, die bislang nicht privatisiert haben, erhöhen den Druck auf die Kosten ihrer Anlagen und Netze, selbst wenn das aus langfristiger Perspektive nicht sinnvoll sein mag. Alle anderen Argumente haben es sehr schwer. Kommunen bemühen sich um technologische Neuerungen, über die sie selbst nicht verfü-

gen, und um Anlagekapital. Privatisierungsmodelle sind auf dem Vormarsch. Manch großer Konzern ist bereit, große Summen als „Eintrittsgeld“ in lokale Gebietsmonopole zu zahlen, Geld, das die gebeutelten Gemeinden nur zu gut gebrauchen können.

So entstanden sukzessive verschiedene, teilweise für Kapitalanleger sehr lukrative Formen der Kooperation zwischen öffentlichen und privaten Akteuren in den öffentlichen Monopolen. Die Kommune haftet, denn die Versorgung mit und die Entsorgung von Wasser gehören wohl zu den konstitutiven Elementen moderner Gemeinwesen. Geht etwas schief, können sich die Kommunen kaum an die privaten Anleger halten. Erst Recht kann das nicht die Bürgerschaft, wenn der Wasserhahn nicht mehr das erwünschte Gut zu akzeptablen Konditionen liefert.

Deutschland gehörte zu den Staaten, die die Liberalisierung und Privatisierung öffentlicher Infrastrukturen auf europäischer Ebene immer wieder forciert haben. Im Jahr 2000 versuchte Werner Müller, rot-grüner Wirtschaftsminister, durch eine Reform des Wettbewerbsrechts die bisher geschützten Gebietsmonopole für die Wasserversorgung abzuschaffen. Auch der Druck auf eine Öffnung der Abwasserentsorgung sollte erhöht werden. Dass das nicht gelang, lag am öffentlichen Druck, der gegen dieses Vorhaben entfacht wurde. Dass die Euphorie inzwischen deutlich gebremst ist, sollte aber kein Anlass für Entwarnung sein. Die Finanznot der Kommunen hält an. Und bisher sieht es nicht so aus, dass auf EU-Ebene der besonderen Situation in der kommunalen Wasserwirtschaft durch klare Regeln zur Abweichung von den ökonomischen Grundfreiheiten des Binnenmarktes Rechnung getragen wird. Daneben bleibt für Linke die Herausforderung bestehen, praktikable Wege zur Lösung der gravierenden globalen Wasserprobleme zu entwickeln und politische Mehrheiten auf allen Ebenen hierfür zu erkämpfen.



FLORIAN SCHÖNE

NABU – Naturschutzbund Deutschland e.V.

(unter Mitarbeit von Gerald Knauf, Forum Umwelt & Entwicklung)

Agrokraftstoffe und Bioenergie – eine Bewertung aus Umweltsicht

Die energetische Nutzung von Biomasse hat in den letzten Jahren eine rasante Entwicklung erfahren. Derzeit gibt es kein seriöses Energieszenario, das in den nächsten 30-40 Jahren ohne den Einsatz von Biomasse denkbar wäre – weder national noch global. Der Handlungsdruck, Alternativen zu den fossilen Rohstoffen zu suchen und Treibhausgase einzusparen, hat Biomasse zu einem wichtigen energetischen Rohstoff werden lassen. Als dringende Maßnahme gegen den Klimawandel erscheint dabei eine globale und umfassende „Energiewende“ erforderlich. Vor allem im Norden beinhaltet dies primär eine massive Reduzierung des Energieverbrauchs insbesondere auch im Verkehrsbereich, Effizienzsteigerungen und Wechsel zu regenerativen Energien. Hierfür muss der Anteil der erneuerbaren Energien am Primärenergiebedarf bis 2050 weltweit auf 50 Prozent steigen. Dies entspricht einer Vervierfachung der Primärenergie aus Regenerativen. Aufgrund ihrer starken Flächenabhängigkeit sind die Ausbaupotentiale der Biomasse dabei jedoch begrenzt.



Parallel zum klimapolitischen Ziel, Treibhausgase zu reduzieren, sind auch die Themen Energiesicherheit und die Endlichkeit fossiler Brennstoffe in den Industrieländern auf die politische Agenda gekommen. Dies gilt im zunehmenden Maße, insbesondere aus Kostengründen, auch für Entwicklungsländer ohne eigene Öl- und Gasressourcen. Aufgrund der großen Bedeutung für die Volkswirtschaft und mangels sofort umsetzbarer Alternativen werden besonders so genannte Biokraftstoffe von den politischen Entscheidungsträgern als ein wichtiger Baustein zur Sicherung einer zukünftigen Energieversorgung gefördert. Dabei hat der politische Druck, möglichst schnell Lösungsszenarien zu entwickeln, vor allem in Europa und den USA zu sehr ambitionierten Zielsetzungen geführt.

Der Ausbau der Bioenergie und insbesondere der Agrokraftstoffe kann jedoch nicht isoliert von anderen globalen Prozessen betrachtet werden, die teilweise grundlegende Veränderungen mit sich bringen:

- Mindestens 9 Milliarden Menschen müssen 2050 ernährt werden, wobei

- heute schon über 850 Millionen Menschen Hunger leiden;
- das Bevölkerungswachstum wird in Zukunft zu 95 Prozent in Entwicklungsländern stattfinden;
- derzeit ist der ost- und südostasiatische Raum im Begriff, seine Ernährung von einer eher vegetarischen auf eine eher tierische Ernährung umzustellen, wodurch drei- bis viermal mehr Weide- und Ackerland benötigt wird;
- der Artenverlust hat heute schon das bislang höchste Ausmaß in der Menschheitsgeschichte erreicht;
- die biologische Kapazität der Erde wird derzeit jährlich um 20 Prozent übernutzt, d.h. die Menschheit verbraucht mehr Ressourcen als die Erde regenerieren kann.

Voraussetzungen für eine nachhaltige Bioenergienutzung

Biomasse kann einen wichtigen Beitrag zu einer nachhaltigen Energieversorgung leisten. Allerdings sollte die jeweils energieeffizienteste Nutzungsform gewählt werden. Die höchsten Treibhausgasreduktionen sind derzeit im Strom- und Wärmemarkt zu erzielen, besonders wenn land- und forstwirtschaftliche Reststoffe und Biomasseabfälle, aber auch mehrjährige Kulturen oder Zwischenfrüchte verwendet werden und die Bioenergie in Kraft-Wärme-Kopplung erzeugt wird. Nach Aussage des Sachverständigenrats für Umweltfragen kann Biomasse in der Wärme- sowie gekoppelten Wärme- und Stromerzeugung bis zu dreimal effizienter und wesentlich kostengünstiger eingesetzt werden als bei der Erzeugung von Biokraftstoffen. In der Gesamtbilanz kann mehr Klimaschutz zu niedrigeren Vermeidungskosten für Steuerzahler, Autofahrer und Stromkunden erreicht werden. Wärme und Strom sollten daher bei der Biomasseförderung Vorrang vor Biokraftstoffen erhalten. Auch das aktuelle Gutachten des wissenschaftlichen Beirats des Bundeslandwirtschaftsministeriums kommt zu dem Ergebnis, dass die Förderung von Biodiesel und Ethanol weder dem Klimaschutz dient, noch Versorgungssicherheit bringt oder ausreichend Arbeitsplätze schafft. Da die eingesetzten Rohstoffe maßgeblich für die Treibhausgasemissionen verantwortlich sind, entstehen bei der Nutzung von Reststoffen und Abfällen auch die geringsten Emissionen. So übersteigen bei Stroh die Emissionen kaum 0,5 t/ha CO₂-Äquivalent. Gefolgt wird dieser Wert von Kurzumtriebsholz mit ca. 0,7 t/ha und, schon deutlich schlechter, Getreide und Raps mit über 2 t/ha CO₂-Äquivalent.

Mit einer gezielten Nutzung von Biomasseabfällen und Reststoffen kann zudem die Landnutzungskonkurrenz und somit der Druck auf die Nahrungsmittelproduktion erheblich gesenkt werden. Diese Stoffe sind flächenneutral, soweit sie nicht die Humus- und Nährstoffbilanz des Bodens beeinträchtigen, und haben oft eine bessere Energiebilanz als extra angebaute Energiepflanzen. Kurze Produktionsprozesse fördern zusätzlich dezentrale Technologien und passen sich so besser in bestehende Ökosysteme und

Kulturlandschaften ein. Fördermechanismen sollten die Entwicklung und Implementierung solcher Anwendungen und Technologien unterstützen. Die Standortfrage ist ebenfalls von großer Bedeutung. So haben Ölpalmen und Zuckerrohr unter den vorteilhaften klimatischen Bedingungen der Tropen und Subtropen eine höhere Produktivität als Getreide oder Zuckerrüben in den gemäßigten Breiten, wodurch die Erträge höher sind und die Klimabilanz besser ausfällt. Eine positive Bilanz kann aber nur erzielt werden, wenn die gesamte Lebenszyklusanalyse berücksichtigt wird und eine Landnutzungsänderung mit einfließt. Besonders problematisch wird dies beim Vernichten von Primärwäldern in den Tropen, aber auch Savannen und Feuchtgebiete geben durch die Umwandlung der Flächen große Mengen an Treibhausgasen ab. Dies wird vor allem in Indonesien deutlich, wo durch den Ausbau von Palmölplantagen Tropenwälder vernichtet und Torfböden trocken gelegt werden. Indonesien ist mit dieser Agrarpolitik zum weltweit drittgrößten Klimagas-Emittenten aufgestiegen.

Da die bislang geplanten EU-Biokraftstoffziele von zehn Prozent bis 2020 nur mit erheblichen Importen aus Drittländern realisiert werden, erscheinen negative soziale und ökologische Auswirkungen unter den derzeitigen Vorgaben unausweichlich. Auch eine Nachhaltigkeitsverordnung kann die potenziellen negativen Auswirkungen der starken Ausbauziele nur bedingt abfangen. Vielmehr ist zu befürchten, dass es zu einer Zweiteilung des globalen Marktes in nachhaltig und nicht-nachhaltig produzierte Agrokraftstoffe kommen wird. Während der zertifizierte „saubere“ Biokraftstoff dann das Gewissen der europäischen Verbraucher beruhigt, gehen die „schmutzigen“ Produkte in Schwellenländer wie China oder Indien.

Schlussfolgerungen

1. Die ambitionierten Ausbauziele für Agrokraftstoffe in Deutschland und Europa stellen ein falsches Signal dar. Im Verkehrsbereich muss die Einsparung fossiler Kraftstoffe sowie die Reduktion von klimarelevanten Gasen durch technologische Innovationen und Downsizing der Motoren erreicht werden. Der Durchschnittsverbrauch von Neufahrzeugen ist ohne eine Einbeziehung von Biokraftstoffen bis 2012 auf 120 g CO₂/km und bis 2020 auf 80 g CO₂/km zu senken. Es kann jedoch energetisch und ökologisch Sinn machen, Biomasse in einer Biogasanlage oder einem Biomassekraftwerk einzusetzen und das dabei anfallende Biogas bzw. den Biomasse-Strom in effizienteren Gas- und Elektroautos zu verwenden.
2. Der gesamte Produktions- und Nutzungszyklus von Biokraftstoffen muss eine positive Treibhausgasbilanz im Vergleich zu fossilen Energieträgern aufweisen, die mindestens 50 Prozent weniger Klimagase ausstößt. Dabei müssen auch durch den Energiepflanzenanbau ausgelöste direkte und indirekte Landnutzungsänderungen berücksichtigt werden. Ferner

dürfen biogene Energieträger nicht zur ökologischen Verschlechterung der vorhandenen Landnutzung führen. Biomasse produzierende Länder sollten eine Landnutzungsplanung etablieren, die den Schutz von wertvollen Ökosystemen und eine sozial und ökologisch nachhaltige Nutzung der Flächen festschreibt. Solange keine glaubwürdigen, umweltpolitisch vertretbaren Standards bei der Zertifizierung von Biokraftstoffen existieren, sollten die Biokraftstoffquoten auf dem jetzigen Stand eingefroren und die Ausbauziele einer Sozial- und Umweltverträglichkeitsprüfung unterzogen werden.

3. Landwirtschaftliche Flächen in Entwicklungsländern, die bisher für den Export von Futtermitteln genutzt wurden, sollten in Zukunft verstärkt der Bioenergieproduktion für die Eigenversorgung gewidmet werden. Politische Maßnahmen in Industrieländern zu Fragen der Ernährungssicherheit sollten auch für die Reduktion des Fleischkonsums werben, zumindest aber Anreize für die Reduzierung des Imports von Futtermitteln setzen.
4. Solange es keine überprüfbaren und verbindlichen Mechanismen zur Vermeidung von indirekten Landnutzungsänderungen gibt, sollte sich die Förderung des Anbaus von Energiepflanzen auf degradierte Flächen beschränken. Die Nutzung dieser Flächen setzt aber voraus, dass eine vorherige Überprüfung der tatsächlichen Funktionen dieser Flächen erfolgt, um saisonale Nutzungen nicht zu verdrängen und Konkurrenzen um Wasser nicht zu verschärfen.
5. Aus ökologischer Sicht ist es dringend notwendig, eine breite Vielfalt von Pflanzen sowie innovative und nachhaltige Anbausysteme und Technologien einzusetzen (z.B. die Einführung von Agroforstsystemen, mehrjährigen Pflanzen, weiten Fruchtfolgen und Mischfruchtanbau) und zu fördern. Der Wasser-, Pestizid- und Düngbedarf kann dadurch erheblich gesenkt werden. Der Einsatz von stickstoffmehrenden Pflanzen (Leguminosen) im Mischfruchtanbau kann die künstliche Einbringung von Stickstoff sogar überflüssig machen.



HANS-KURT HILL

Mitglied des Deutschen Bundestages DIE LINKE

Energiepolitischer Sprecher

Nur die Zerschlagung der Energiekartelle macht den Weg in die Energiewende frei

Die Energiepolitik in Deutschland steht vor einem Wendepunkt. Es geht um die Frage, wie und unter welchen Bedingungen eine Versorgung mit Strom, Wärmeenergie und Kraftstoffen zukünftig erfolgt. Klar ist: ein „Weiter wie bisher“ ist ausgeschlossen. DIE LINKE will die Energiewende, in der wir uns bereits befinden, sozial fair und umweltgerecht gestalten und setzt deshalb auf eine klügere Nutzung von Strom, Wärme und Kraftstoffen sowie den Ausbau der erneuerbaren Energien. Das schafft sichere Beschäftigung und bezahlbare Energie aus heimischer Produktion. Gleichzeitig kann das Klimaschutzziel zur Senkung des Ausstoßes von Kohlendioxid (CO₂) um 80 Prozent bis 2050 gegenüber 1990 erreicht werden.



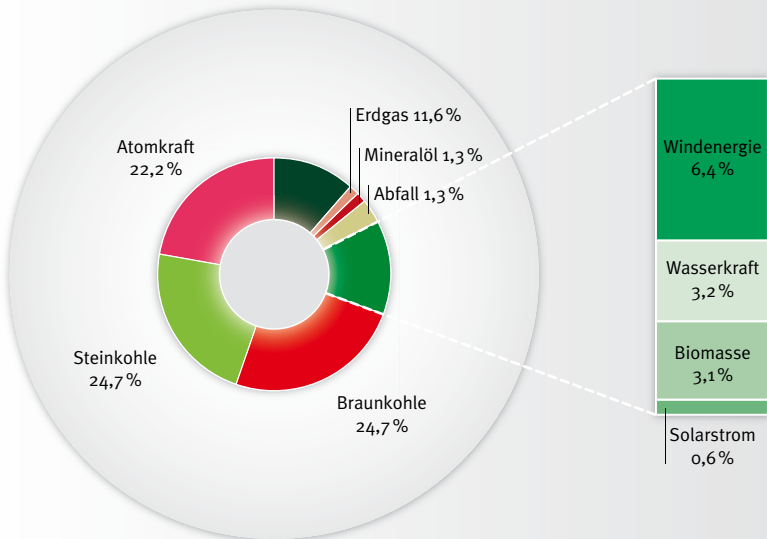
Die Energiebranche verweigert sich dieser nachhaltigen Entwicklung und versucht, die bestehenden Strukturen der kohlenstoff- und uranbasierten Energiebereitstellung zu erhalten. Die aktuelle Diskussion um eine angeblich drohende Versorgungslücke im Strombereich spiegelt die Machtspiele der großen Energiekonzerne wider. Durchschaubar daran ist, dass sie mit der öffentlich initiierten Angstkampagne Laufzeitverlängerungen für die verbliebenen Atommeiler in Deutschland erzwingen wollen. Problematisch wird die Situation auf dem Strommarkt jedoch nur, wenn die Bundesregierung weiterhin nicht in den Erzeugungs- und Netzbereich sowie den Stromhandel und insbesondere bei der Industrie in die Verbrauchsgewohnheiten eingreift. Am Beispiel des Stromsektors in Deutschland sollen die Strukturen in der vorherrschenden kartellartigen Energiewirtschaft aufgezeigt und Wege in eine sozial gerechte und umweltverträgliche und damit nachhaltige Energieversorgung vorgeschlagen werden.

Profitable Stromversorgung

Der Strommix in Deutschland ist nach wie vor von fossiler und atomarer Erzeugung geprägt. Aus CO₂-intensiver Braun- und Steinkohle kommen 47 Prozent der elektrischen Energie. Atomkraftwerke liefern noch immer 22 Prozent und

das vergleichsweise klimafreundliche Erdgas lediglich 12 Prozent des Stroms. Mineralöl spielt im Gegensatz zum Verkehrs- und Wärmebereich bei der Stromerzeugung keine Rolle. Es wirkt sich allerdings dahingehend aus, dass der Gaspreis mit einem halben Jahr Verzögerung dem rasant steigenden Ölpreis angeglichen wird. Das wiederum wird von der Energiewirtschaft als Argument gegen den Bau von effizienten Gaskraftwerken aufgegriffen. Die erneuerbaren Energien machen mittlerweile über 13 Prozent der Stromgewinnung aus, wobei Windenergie für etwa die Hälfte davon verantwortlich ist. (siehe Grafik 1) Ein weiterer wichtiger Aspekt im elektrischen Energiemix ist der zunehmende Stromexport. Dieser hat sich gegenüber dem Jahr 2000 vervierfacht.

Bruttostromerzeugung nach Energieträgern



Quelle: Bundeswirtschaftsministerium, 2008

Grafik 1

Obwohl es rund 930 Stromanbieter in Deutschland gibt, ist der Sektor geprägt von kartellartigen Strukturen, dominiert von vier Energiekonzernen. RWE, EON, Vattenfall Europe und EnBW verfügen über 80 Prozent der Kraftwerksleistung, kontrollieren sämtliche Grundlastkraftwerke und nehmen über Beteiligungen auf zahlreiche Stadtwerke und Regionalversorger gezielt Einfluss. Sie sind alleinige Eigentümer der großen Stromübertragungsnetze und kontrollieren alle Stromimporte und Exporte. Damit haben die privaten

Energieversorger eine Markt beherrschende Stellung inne, die sich der demokratischen Kontrolle in weiten Teilen entzieht.

Eine wesentliche Folge dieser oligopolen Struktur ist, dass Investitionsentscheidungen in Kraftwerke und Netze allein privatwirtschaftlich und nach profitorientierten Interessen stattfinden und nicht nach Allgemeinwohlbelangen. Dabei stehen der Bau fossiler Großkraftwerke und die Verlängerung der Laufzeiten bei den bestehenden Atomanlagen im Vordergrund. Zwangsläufig wird auch der Netzausbau an diesen Entscheidungen ausgerichtet. Für die Monopolisten, deren Anteilseigner eine Rendite von mindestens 25 Prozent erwarten, ist es ökonomisch schlüssig, in wenigen Kraftwerken große Strommengen zu erzeugen und abgeschriebene Atomkraftwerke weiterzubetreiben. Auch rechnet sich ein Betrieb der Übertragungsnetze mit wenigen Großkraftwerks-Zugangspunkten und einer geringen Anzahl von Wettbewerbern deutlich besser, als wenn zahlreiche Zugangsinteressen und ein zunehmender und schwankender Anteil erneuerbarer Energien ins Netz eingeregelt werden müssen.

Darüber hinaus beeinflussen sie die Preisgestaltung an der Strombörse zu ihren Gunsten. Im Stromhandel bestimmt das teuerste Spitzenlastkraftwerk, das kurzzeitig anspringen muss, um die tägliche Stromnachfrage zu bedienen, den gesamten Preis für die elektrische Energie. Dadurch werden mit klimaschädlichen Kohlekraftwerken und gefährlichen Atommeilern hohe Renditen erzielt, da ihre reinen Stromerzeugungskosten gering sind. Die Bereitstellungskosten für Strom aus Grundlastkraftwerken betragen 20 bis 40 Euro je Megawattstunde (MWh) und haben sich seit Jahren kaum verändert. Anders im Handel: Kostete eine MWh Strom im Jahr 2004 noch etwa 45 Euro, so liegt der Strompreis an der Strombörse EEX in Leipzig zurzeit bei rund 75 Euro je MWh. Die Differenz zwischen dem tatsächlichen Aufwand, elektrische Energie bereitzustellen und dem Stromhandel beträgt also, bezogen auf einen Bruttostromverbrauch im Jahr 2007 in Höhe von 617,5 Milliarden kWh, etwa 25 Milliarden Euro pro Jahr. Derartige Summen sind mit reinem Marktverhalten nicht zu erklären. Auch die gestiegenen Brennstoffkosten, die nur einen Teil des Bereitstellungspreises ausmachen, können den Anstieg nicht begründen, zumal die Kraftwerksbetreiber in der Regel lange Lieferverträge vorweisen können. So liegt der Verdacht nahe, dass die Monopolisten die Strombörse zu ihren Zwecken beeinflussen. Begründbar ist dies auch damit, dass die Konzerne, obwohl eigentlich reine Stromproduzenten, gleichzeitig als Verkäufer und Käufer auftreten und der Spotmarkt nicht von der zuständigen Aufsichtsbehörde BaFin überwacht wird.

Insgesamt gehen Schätzungen davon aus, dass aufgrund des kartellartigen Einflusses der Konzerne der Preis sowohl für Stromerzeugung als auch Netz-



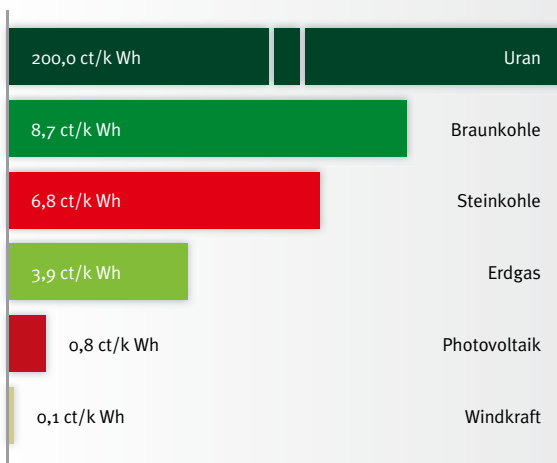
durchleitung um je ein Drittel zu hoch ist. DIE LINKE ist dieses Problem durch mehrere Initiativen im Bundestag angegangen und fordert unter anderem die Wiedereinführung der Strompreisaufsicht, die im Jahr 2007 von der Bundesregierung abgeschafft wurde, einschließlich der Einsetzung von Verbraucherbeiräten, die den Stromkundinnen und Stromkunden einen Einblick und ein Mitspracherecht bei der Preisgestaltung garantieren. Die Linksfraktion setzt sich darüber hinaus für eine Überführung der großen Stromtrassen in die öffentliche Hand, eine Rücküberführung von Stadtwerke-Beteiligungen an die Kommunen und eine Abschöpfung unzulässiger Gewinne bei den Stromkonzernen ein. Die Forderungen nach Entflechtung der Konzerne werden im Gegensatz zur Bundesregierung auch von der EU-Kommission ausdrücklich unterstützt und durch Kartellverfahren auch weitgehend erzwungen.

Die wahren Kosten der Stromwirtschaft

Eine auf fossilen und atomaren Brennstoffen basierende Stromversorgung zieht erhebliche zusätzliche Kosten nach sich, die nicht auf der Stromrechnung auftauchen, gleichwohl aber von den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern getragen werden müssen. Neben den Umwelt- und Klimafolgen sind dies auch Sicherheitsaufwendungen. So führen die immer knapperen und teureren Öl- und Gasreserven, von deren Importen Deutschland weitgehend abhängig ist, unter der jetzigen Bundesregierung zu einer Militarisierung der Energieaußenpolitik mit ungewissem Ausgang. Das absurde Bestreben ist es, den „ungehinderten Zugang“ zu fossilen Energien in den Erzeugungs- und Durchleitungsländern mit extrem hohen finanziellen Mitteln aufrecht zu erhalten. Dabei werden „militärische Optionen“ zum Einsatz der Bundeswehr nicht ausgeschlossen.

Am Beispiel der Atomenergie zeigt sich, welche enormen Zusatzkosten der Allgemeinheit entstehen. So wird den Atomkraftwerksbetreibern bei jeder Anlage eine Haftungsbeschränkung von 2,5 Milliarden Euro zugebilligt. Das darüber hinausgehende Risiko trägt die öffentliche Hand. Die Schäden aus einem Kernschmelze-Unfall werden aber mit 500 Milliarden bis fünf Billionen Euro angegeben. Die geringe Haftung sichert der Atomwirtschaft billige Versicherungen. Auch bei den Rückstellungen, welche die Konzerne für die aufwendige Entsorgung der Strahlenblöcke bilden müssen, kommt ihnen der Gesetzgeber weit entgegen. Sie sind steuerfrei und beliefen sich Ende 2006 auf 27,6 Milliarden Euro, was zu erheblichen Einnahmeausfällen im Bundeshaushalt führt. Mehrere gescheiterte Atomprojekte wurden vom Steuerzahler getragen: Der schnelle Brüter in Kalkar, der nie ans Netz ging, hat Kosten von 3,5 Milliarden Euro verursacht. Der Hochtemperaturreaktor Hamm-Uentrop, der nach wenigen Betriebsstunden scheiterte, hat einschließlich Rückbau 2,5 Milliarden Euro gekostet. Den Rückbau des KKW Greifswald bezahlt die Allgemeinheit mit 7,5 Milliarden Euro. 20 Milliarden Euro sind in Deutschland in die öffentliche Kernenergieforschung geflossen, über Euratom wurde die Atomenergie mit insgesamt 400 Milliarden bezuschusst. Die Endlagerkosten belaufen sich bisher auf zwei Milliarden Euro. Auch wird immer klarer, dass Atommeiler in ihrem Umkreis verantwortlich für Krebserkrankungen sind. Eine Studie des UBA zeigt, dass vor allem Kinder von Leukämie betroffen sind.

Externe Kosten der Stromerzeugung nach einzelnen Energieträgern



Quelle: UBA, 2007

Grafik 2

Die volkswirtschaftlichen „Nebenwirkungen“ der Energiewirtschaft lassen sich in Zahlen als externe Kosten ausdrücken, indem sie nach den einzelnen Energieträgern in Cent je Kilowatt angegeben werden (siehe Grafik 2). Werden die externen Kosten zu den Bereitstellungskosten hinzugerechnet, zeigt sich, dass Strom aus Wind- und Wasserenergie, aber auch aus Erdgas, bereits billiger als Kohlestrom ist. Insbesondere die gefährliche Atomenergie ist absolut unwirtschaftlich. Dabei wird auch deutlich, dass erneuerbare Energien unter dem Strich bereits jetzt zur Kostendämpfung beitragen. Hauptgrund ist, dass erneuerbare Energien in Bezug auf die externen Effekte erhebliche Vermeidungswirkungen haben. So haben sie geringe Umweltauswirkungen und verursachen kaum Klimagase. Auf Grund der heimischen Produktion sind Wind, Wasser, Sonne und Biomasse eine echte Friedensdividende und vermindern die Importabhängigkeit bei fossilen Energieressourcen. Dies wiederum erhöht die Versorgungssicherheit und führt zu einer Stabilisierung der Strompreise.



Nachhaltige Energieversorgung

Eine in die Zukunft gerichtete Energiepolitik muss die volkswirtschaftlichen Auswirkungen der Strombereitstellung im Kern berücksichtigen. Anders sind die Herausforderungen in der Energiewirtschaft nicht zu bewältigen. Nicht nur die enormen externen Effekte, sondern auch die Beschäftigungsentwicklung in Stromsektor legen den Schluss nahe, dass eine andere als die bestehende Struktur der rein profitorientierten, kartellartigen Energiewirtschaft sinnvoll ist. Die Zahl der Beschäftigten in der Elektrizitätsversorgung ist nach Angaben des Bundeswirtschaftsministeriums seit der Liberalisierung des Strommarktes im Jahr 1998 um fast 40.000 auf 121.512 zurück gegangen. Bis 2020, also in den nächsten zwölf Jahren, werden weitere 50.000 Stellen in der fossil-atomaren Energiewirtschaft verloren gehen. Neben dem Aus im Steinkohlebergbau, werden vor allem aufgrund der von den Energiekonzernen geplanten Großkraftwerke zahlreiche Arbeitsplätze abgebaut. Neue Anlagen laufen mit einem hohen Automatisierungsgrad und brauchen sehr wenig Betriebspersonal. Die RWE-Betriebsräte gehen davon aus, dass neue Kraftwerke im Vergleich zu den bisherigen Anlagen mit nur einem Fünftel des Personals laufen. So werden die Investitionspläne der Monopolisten zur Jobfalle.

In der Branche der erneuerbaren Energien hingegen nimmt die Zahl der Beschäftigten deutlich zu. Hier arbeiteten im vergangenen Jahr rund 250.000 Menschen. Das ist gegenüber 2004 – also innerhalb von drei Jahren – ein Zuwachs von 88.800 Stellen. Gleichzeitig vermieden die erneuerbaren Energien 2007 allein im Stromsektor klimaschädliches CO₂ im Umfang von 79 Millionen Tonnen. Bis zum Jahr 2020 wird die Branche der erneuerbaren Energien – sofern sie nicht ausgebremst wird – einer halben Million Menschen Arbeit geben. Hieran zeigt sich, dass der Umbau der Energieversorgung mehr Chancen als Risiken birgt. Es wird aber auch deutlich, dass die Energiewende eine starke soziale Dimension hat. Ziel muss es sein, die gesellschaftlichen Folgen des Transformationsprozesses aufzufangen, also den Anspruch der Menschen auf eine berufliche Perspektive, die Bezahlbarkeit von Strom und einen hindernisfreien Zugang dazu sicherzustellen sowie wirksame Schritte für den Klimaschutz einzuleiten. Aus Sicht der Linksfraktion gelingt das nur, indem wir weitgehend aus der energetischen Nutzung fossiler Brennstoffe aussteigen und uns schnellstmöglich von der gefährlichen und unbeherrschbaren Atomenergie abwenden. Ein Zeitrahmen von über 40 Jahren bis 2050 lässt ausreichend Zeit, die fossil-atomare Energiewirtschaft zu überwinden und eine weitgehende Versorgung aus erneuerbaren Energien sicherzustellen. Voraussetzung ist jedoch, dass umgehend wirksame politische Maßnahmen zur Umsetzung der Energiewende eingeleitet werden.

Informationen zur energiepolitischen Arbeit der Linksfraktion und Energietipps finden Sie auch unter: www.linksfraktion.de/energie

A tall, cylindrical brick chimney stands against a clear blue sky. A thick plume of white smoke or steam rises from the top of the chimney, drifting to the right. A metal ladder with circular rungs is attached to the side of the chimney, extending from near the top down towards the bottom. The chimney is made of reddish-brown bricks.

Emissionshandel: Gelddruckmaschine oder Klimaschutzinstrument?

BERND BROUNS

Referent für Energie- und Umweltpolitik
der Bundestagsfraktion DIE LINKE

Mit der Verabschiedung des Kyoto-Protokolls im Dezember 1997 musste die EU eine Kröte schlucken. Um die Zustimmung der USA zu erhalten, stimmte sie der Aufnahme des sogenannten Emissionshandels in das Protokoll zu. Bis Kyoto herrschte große Skepsis in der EU gegenüber diesem neuartigen Klimaschutz-Instrument. Im Jahr 2001 kam dann die Wende. Die USA verabschiedeten sich unter dem neu gewählten Präsidenten George W. Bush endgültig vom Kyoto-Protokoll. Etwa zur gleichen Zeit machte sich die EU auf, den Emissionshandel auch für die Umsetzung der eigenen Klimaschutz-Ziele zu installieren.



Im Januar 2005 erfolgte der Startschuss für das EU-Emissionshandelssystem. Der Emissionshandel ist seitdem das zentrale Klimaschutzinstrument der EU. In Deutschland fallen darunter beispielsweise über 50 Prozent der CO₂-Emissionen. Dieses marktförmige Instrument sollte Klimaschutz flexibel gestalten und zu möglichst geringen Kosten ermöglichen. Kraftwerke und Teile der energieintensiven Industrie erhalten seit dem ein begrenztes Budget an CO₂-Emissionsrechten, die sie untereinander handeln können. Am Ende eines jeden Jahres müssen die Betreiber der Anlagen Emissionsrechte in Höhe ihres CO₂-Ausstoßes nachweisen. Ziel war es, durch die Handelbarkeit CO₂ dort zu reduzieren, wo es am preisgünstigsten ist. Die begrenzte Menge ausgegebener Emissionszertifikate würde dabei das Einhalten der politischen Klimaschutzziele garantieren. So zumindest die Theorie. Doch wie ist die Praxis von mehr als drei Jahren EU-Emissionshandel? Welche klimapolitische Wirkung hat er während dieser Zeit in Deutschland entfacht?

Inflationierung der Emissionsrechte

Der kurzfristige Beitrag des Emissionshandels zum Klimaschutz hängt entscheidend davon ab, wie hoch die Obergrenze für die Gesamtemissionen des Emissionshandelssektors festgelegt wird. Schon die Beschlüsse der rot-grünen Bundesregierung von 2004 für die erste Handelsphase (2005–2007) fielen selbst hinter die „Klima“-Selbstverpflichtungserklärung der deutschen Wirtschaft von 1998 zurück. Insgesamt war eine marginale Minderung von weniger als ein Prozent im Vergleich zum Referenzzeitraum 2000–2002 vorgesehen. In der Folge wurden jedoch die Emissionen des Referenzzeitraums deutlich nach unten korrigiert. Zudem steigerte die Bundesregierung durch „kreative Buchführung“ die Menge der ausgegebenen CO₂-Zertifikate. Unter dem Strich wurden in Deutschland, aber auch europaweit, deutlich mehr Emissionsrechte ausgegeben als in den Jahren zuvor überhaupt CO₂ freigesetzt wurde.

Die im Frühjahr 2006 präsentierten Pläne der Bundesregierung für die zweite Handelsperiode (2008-2012) sahen kaum ambitioniertere Ziele vor. Lediglich knapp drei Prozent der Emissionen sollten im Vergleich zur Basisperiode, also innerhalb von annähernd zehn Jahren, reduziert werden. Da andere EU-Mitgliedstaaten ähnlich freizügig Emissionsrechte verteilen wollten, zog die EU-Kommission Ende November 2006 die Notbremse. Um das Einhalten des Kyoto-Ziels der EU zu gewährleisten, strich sie die Emissionsbudgets vieler Mitgliedstaaten deutlich zusammen. Wurde in der rot-grünen wie in der großen Koalition noch um zwei bis drei Millionen Tonnen zusätzlicher Minderung von CO₂ gestritten, drückte die EU-Kommission die Obergrenze mit einem Schlag um rund 30 Millionen Tonnen unter das deutsche Angebot. Verglichen mit den Emissionen der Jahre 2000-2002 bedeutete dies immerhin eine Minderung von knapp sieben Prozent. Auch dies war kein großer Wurf. Und trotzdem überlegte die Bundesregierung zunächst gegen die Entscheidung aus Brüssel vor den Europäischen Gerichtshof zu ziehen. Angesichts der negativen Signalwirkung für die damals beginnende deutsche EU-Ratspräsidentschaft und der Inszenierung von Angela Merkel als vermeintliche „Klimakanzlerin“, übernahm die Bundesregierung jedoch widerwillig die Kommissionsvorgaben.

Unterlaufen von Klimaschutzzielen durch „faule“ Emissionsgutschriften

Doch parallel zur Absenkung der Emissionsobergrenze durch Brüssel löfete die Bundesregierung an anderer Stelle den Emissionsdeckel. Die Anrechenbarkeit von CO₂-Emissionszertifikaten aus den so genannten projekt-basierten Mechanismen des Kyoto-Protokolls, *Joint Implementation* (JI) und *Clean Development Mechanism* (CDM), wurde fast verdoppelt. CDM und JI ermöglichen es privaten und staatlichen Investoren aus Industriestaaten, für Klimaschutzinvestitionen in Entwicklungs- (CDM) bzw. anderen Industriestaaten (JI) Emissionsgutschriften zu erwerben.

Mit der neuen Quote wird der Druck insbesondere auf preiswerte CDM-Auslandsprojekte drastisch erhöht. Dadurch steigt die Gefahr, dass auch Emissionsgutschriften für CDM-Projekte ausgestellt werden, die nicht im bescheidenen Umfang *zusätzlichen* Klimaschutz liefern. Nur wenn aber die Projekte tatsächlich in eine zusätzliche Minderung des Treibhausgasausstoßes münden, also über eine „*business as usual*“-Entwicklung in dem jeweiligen Gastland hinausgehen, ist der CDM ein „Nullsummenspiel“ für den Klimaschutz. Denn jede im „Süden“ zusätzlich vermiedene Tonne CO₂ wird dem „Norden“ gutgeschrieben und berechtigt dort zu einem Mehrausstoß von eben jener Tonne dieses Treibhausgases. Wandern jedoch „faule“ Gutschriften auf den EU-Emissionshandelsmarkt, führen sie dort zu einem Mehrausstoß an Treibhausgasen, der nicht durch echte Minderungen, beispielsweise in Asien oder Lateinamerika, gedeckt ist. In der Summe führt dies zu einem globalen Mehrausstoß von Treibhausgasen.

Aktuelle Studien zeigen, dass schon heute etwa 40 Prozent der bereits genehmigten CDM-Projekte keine „Zusätzlichkeit“ nachweisen können. Um die Dimension dieses Problems deutlich zu machen: Die am Emissionshandel beteiligten Unternehmen können sich in Deutschland während der zweiten Handelsphase CDM-Gutschriften bis zu einer Höhe von 22 Prozent zusätzlich auf ihr Emissionsbudget anrechnen lassen. Das sind jährlich etwa 90 Millionen Tonnen. Die emissionshandlungspflichtigen Anlagen haben aber nur jährliche Einsparverpflichtungen von rund 30 Millionen Tonnen CO₂. Wären also nur ein Drittel der künftig eingeführten CDM-Zertifikate „faul“, so wäre der Beitrag des deutschen Emissionshandelssektors zum globalen Klimaschutz bis zum Jahr 2012 gleich Null.

Emissionshandel als Gelddruckmaschine für Energiekonzerne

Der Emissionshandel untergräbt gegenwärtig den erforderlichen Strukturwandel im Energiesektor noch auf andere Weise. Er beschert den Energieversorgern jährliche Zusatzprofite in Milliardenhöhe und verfestigt dadurch bestehende Marktstrukturen. Doch wie ist dies möglich?

Die Vergabe der Emissionsberechtigungen an die Unternehmen erfolgte in der ersten Handelsphase kostenlos. Insbesondere die Unternehmen der Energiewirtschaft verbuchten die ihnen gratis zugeteilten Zertifikate jedoch zu Marktpreisen als so genannte „Opportunitätskosten“ in ihren Bilanzen, legten sie auf die Strompreise um und realisierten auf diese Weise Milliardengewinne (sog. *windfall profits*). Dieses Vorgehen wird von den Stromversorgern nicht abgestritten. In einem Verfahren vor dem Bundeskartellamt verteidigten sie dies erfolgreich als betriebswirtschaftlich rationales und damit für Marktakteure alternativloses Handeln.



Unter der Annahme eines CO₂-Zertifikatepreises von 20 Euro wurden die jährlichen Mitnahmeeffekte auf 3,8 bis 8 Milliarden Euro geschätzt. Bis Mai 2006 pendelten die Handelspreise für eine Emissionsberechtigung an der CO₂-Börse zwischen 20 und 30 Euro, bevor sie infolge der bekannt gewordenen Überausstattung der Anlagen mit Emissionsrechten zunächst bis November 2006 auf 10 bis 20 Euro und im letzten Handelsjahr auf wenige Cents fielen.

Die zunächst hohen CO₂-Preise lassen vermuten, dass strategische Transaktionen vorgenommen wurden, um den CO₂-Preis und damit die *windfall profits* hoch zu halten. Das Bundeskartellamt hält dazu fest: „Das Geschehen an der EEX (Strom- und CO₂-Börse in Leipzig; d.A.) in den ersten Monaten nach Start des Handels mit Emissionsberechtigungen spiegelt daher kaum eine effiziente Preisbildung aufgrund von Angebot und Nachfrage wider. (...) Eine erste Auswertung der umfassenden Handelsdaten (...) lässt erkennen, dass die Verbundunternehmen sowohl untereinander als auch mit Tochterunternehmen innerhalb des Konzerns Emissionsberechtigungen gehandelt haben.“

Auch in der zweiten Handelsphase werden über 90 Prozent der Emissionsberechtigungen kostenlos zugeteilt. Dies bedeutet, dass die Stromversorger in jedem der fünf Jahre zwischen 2008 und 2012 kräftige Milliarden spritzen erhalten. Die größten Mitnahmegewinne verbuchen übrigens die Betreiber von Atomkraftwerken, deren Anlagen zwar nicht am Emissionshandel teilnehmen, aber von den gestiegenen Stromhandelspreisen profitieren.

Die Stromkonzerne erhielten zudem für Kohlekraftwerke doppelt so viele CO₂-Zertifikate wie für Gaskraftwerke. Während der Sinn eines Klimaschutzinstruments gerade darin bestehen sollte, Investitionen in emissionsärmere Kraftwerke zu belohnen, hat die Bundesregierung den Hebel in die entgegengesetzte Richtung umgelegt. Dies führte folgerichtig dazu, dass deutschlandweit munter immer neue Kohlekraftwerke geplant werden.

Emissionshandel gescheitert

Der Emissionshandel als Klimaschutzinstrument ist in seiner bisherigen Ausgestaltung gescheitert. Die laschen klimapolitischen Vorgaben zusammen mit der Fehlkonstruktion der kostenlosen Vergabe der Emissionsberechtigungen machen aus dem angeblichen Klimaschutzinstrument Emissionshandel in erster Linie eine absurde Gelddruckmaschine für die Stromversorger. Die Umsetzung des EU-Emissionshandels in Deutschland ist damit das Gegenteil ambitionierter Klimapolitik und hat zu einer Umverteilung zugunsten der Energiekonzerne auf Kosten der Stromkundinnen und -kunden sowie der öffentlichen Haushalte geführt.



Die gegenwärtig laufenden Verhandlungen um die Zukunft des EU-Emissionshandels könnten einiges zum Besseren wenden. Blicke es bei der im Vorschlag der EU-Kommission vorgesehenen vollständigen Versteigerung der CO₂-Rechte an die Stromversorger, würde gleichzeitig die CDM-Nutzung deutlich begrenzt. Und würde die Emissionsobergrenze weiter abgesenkt, könnte der Emissionshandel dazu führen, dass sich der Neubau von Kohlekraftwerken nicht mehr rechnet. Doch auch dann blieben die jährlichen Zusatzgewinne für die AKW-Betreiber – von den Spekulationsgewinnen der CO₂-Händler auf Kosten der Stromverbraucherinnen und -verbraucher ganz zu schweigen.

Bernd Brouns arbeitete von 2000–2006 beim Wuppertal Institut für Klima, Umwelt und Energie.

Eine ausführliche Bilanz des Emissionshandels ist nachzulesen in: Brouns, Bernd und Uwe Witt (2008): Klimaschutz als Gelddruckmaschine. In: Altvater, Elmar und Achim Brunnengräber (Hrsg.): Alasshandel gegen Klimawandel? Marktbasierende Instrumente in der globalen Klimapolitik und ihre Alternativen. Hamburg: VSA-Verlag, S. 67-87.

DIE LINKE. im Europaparlament



Dr. André Brie

FUNKTIONEN IM EUROPAPARLAMENT

Ausschüsse: Mitglied im Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten, stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz *Delegationen:* Mitglied der Delegation für die Beziehungen zu Afghanistan, stellvertretendes Mitglied der Delegation für die Beziehungen zu Israel *Arbeitsschwerpunkte:* Sicherheits- und Verteidigungspolitik, Außenpolitik und Europäische Initiative für Vollbeschäftigung

KONTAKT

Europäisches Parlament, Rue Wiertz, ASP 6F 343, 1047 Brüssel, Belgien

Tel.: 0032-2-284 54 03, Fax: 0032-2-284 94 03

E-Mail: andre.brie@europarl.europa.eu

www.andrebrie.de

www.die-linke-europaservice.eu

Europabüro: Martinstraße 1, 19053 Schwerin

Tel.: 0385-5815733, Fax: 0385-5815734

Dr. Sylvia-Yvonne Kaufmann

FUNKTIONEN IM EUROPAPARLAMENT

Fraktion: Stellvertretende Vorsitzende der Konföderalen Fraktion der Vereinten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke

Ausschüsse: Mitglied im Ausschuss für Konstitutionelle Angelegenheiten, stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für die Freiheiten und Rechte der Bürger, Justiz und Innere Angelegenheiten *Delegationen:* Mitglied der

Delegation für die Beziehungen zu Japan, stellvertretendes Mitglied der Delegation für die Beziehungen zur koreanischen Halbinsel *Interparlamentarische Gruppen:* Europäische Verfassung *Arbeitsschwerpunkte:* Europäische

Verfassung, Bürgerrechte, Innere Sicherheit und Datenschutz

KONTAKT

Europäisches Parlament, Rue Wiertz, ASP 6F 349, 1047 Brüssel, Belgien

Tel.: 0032-2-284 57 56, Fax: 0032-2-284 97 56

E-Mail: sylvia-yvonne.kaufmann@europarl.europa.eu

www.sylvia-yvonne-kaufmann.de

Europabüro Berlin: Deutscher Bundestag, Unter den Linden 50,

10117 Berlin, Tel.: 030-22771406, Fax: 030-22771689

Europabüro Sachsen: Bornaische Straße 3d, 04277 Leipzig

Dr. Helmuth Markov

FUNKTIONEN IM EUROPAPARLAMENT

Fraktion: Schatzmeister der Fraktion der Vereinten Europäischen Linken/
Nordische Grüne Linke *Ausschüsse:* Vorsitzender des Ausschusses für inter-
nationalen Handel, stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Verkehr und
Fremdenverkehr, Mitglied der Koordinierungsgruppe zur Lissabon-Strategie
Delegationen: Mitglied der Delegation für die Beziehungen zur Ukraine,
stellvertretendes Mitglied der Delegation für die Beziehungen zu Molda-
wien *Arbeitsschwerpunkte:* Handelspolitik/WTO, Energiepolitik, Regional-
und Strukturpolitik, Verkehrspolitik sowie Haushaltspolitik

KONTAKT

Europäisches Parlament, Rue Wiertz, ASP 6F 371, 1047 Brüssel, Belgien

Tel.: +32-2-284 79 80, Fax: +32-2-284 99 80

E-Mail: helmuth.markov@europarl.europa.eu

www.helmuthmarkov.de

Europabüro: Straßburger Straße 24, 16515 Oranienburg, Tel.: 03301-200993

Tobias Pflüger

FUNKTIONEN IM EUROPAPARLAMENT

Ausschüsse: Mitglied im Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten und
dort auch Mitglied im Unterausschuss für Sicherheit und Verteidigung und
Obmann für die Linksfraktion (GUE/NGL), stellvertretendes Mitglied im Ent-
wicklungsausschuss *Delegationen:* Erster Vizepräsident in der Delegation
für die Beziehungen zu den Golfstaaten und Jemen, Mitglied der Delegation
für die Beziehungen zur Parlamentarischen Versammlung der NATO, stell-
vertretendes Mitglied der Delegation für die Beziehungen zu Iran *Interparla-
mentarische Gruppen:* Co-Präsident der Intergruppe „Friedensinitiativen“
Arbeitsschwerpunkte: EU-Verfassungsvertrag, Außen- und Militärpolitik der
Europäischen Union, Asyl- und Migrationspolitik, Antifaschismus, Friedens-
politik und Anti-Atompolitik

KONTAKT

Europäisches Parlament, Rue Wiertz, ASP 6F 266, 1047 Brüssel, Belgien

Tel.: 0032-2-284 55 55, Fax: 0032-2-284 95 55

E-Mail: tobias.pflueger@europarl.europa.eu

www.tobias-pflueger.de

Europabüro: Hechingerstraße 203, 72072 Tübingen, Tel.: 07071-7956981

Feleknas Uca

FUNKTIONEN IM EUROPAPARLAMENT

Ausschüsse: Mitglied im Entwicklungsausschuss, stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter, stellvertretendes Mitglied im Unterausschuss Menschenrechte des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten

Delegationen: Mitglied der Delegation zum Gemischten Parlamentarischen Ausschuss EU-Türkei, stellvertretendes Mitglied der Delegation zur Paritätischen Parlamentarischen Versammlung AKP-EU

Interparlamentarische Gruppen: stellvertretende Vorsitzende der Intergruppe Antirassismus

Arbeitsschwerpunkte: Entwicklungspolitik, Frauenrechte, Rassismus und Türkei/Kurdistan

KONTAKT

Europäisches Parlament, Rue Wiertz, ASP 6F 361, 1047 Brüssel, Belgien

Tel: 0032-2-284 54 19, Fax: 0032-2-284 94 19

E-Mail: feleknas.uca@europarl.europa.eu

www.feleknasuca.de

Europabüro: Bergstraße 50, 29221 Celle, Tel.: 05141-9013040

Sahra Wagenknecht

FUNKTIONEN IM EUROPAPARLAMENT

Ausschüsse: Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Währung, stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie

Delegationen: Mitglied der Delegation für die Beziehungen zur Gemeinschaft der Andenstaaten, stellvertretendes Mitglied der Delegation für die Beziehungen zum Mercosur, stellvertretendes Mitglied der Delegation in der Parlamentarischen Versammlung Europa-Lateinamerika (Eurolat)

Arbeitsschwerpunkte: Wirtschafts- und Währungspolitik, Lateinamerika

KONTAKT

Europäisches Parlament, Rue Wiertz, ASP 6F 258, 1047 Brüssel, Belgien

Tel.: 0032-2-284 56 19, Fax: 0032-2-284 9619

E-Mail: sahra.wagenknecht@europarl.europa.eu

www.sahrawagenknecht.de

Europabüro: Krossener Straße 9/10, 10245 Berlin, Tel.: 030-21238998

Gabi Zimmer

FUNKTIONEN IM EUROPAPARLAMENT

Fraktion: Sprecherin der Delegation der Partei DIE LINKE
in der GUE/NGL-Fraktion

Ausschüsse: Mitglied im Ausschuss für Beschäftigung und soziale An-
gelegenheiten, stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Entwicklung

Delegationen: Mitglied des Europäischen Parlaments bei der Paritätischen
Versammlung des Abkommens zwischen den Staaten Afrikas, des Kari-
bischen Raumes und des Pazifischen Ozeans und der Europäischen Union
(AKP-EU), stellvertretendes Mitglied in der Delegation für die Beziehungen
zu Russland

Arbeitsschwerpunkte: Beschäftigungspolitik, Gleichstellungs-
politik und Entwicklungspolitik.

KONTAKT

Europäisches Parlament, Rue Wiertz, ASP 6F 357, 1047 Brüssel, Belgien

Tel.: 0032-2-284 71 01, Fax: 0032-2-284 91 01

E-Mail: gabriele.zimmer@europarl.europa.eu

www.gabi-zimmer.de

Europabüro: Geleitstraße 8, 99423 Weimar, Tel. 03643-805155



Vereinte Europäische Linke/Nordische Grüne Linke
Parlamentsfraktion · EUROPÄISCHES PARLAMENT

Herausgegeben von der Delegation der LINKEN in
der Konföderalen Fraktion der Vereinten Europäischen Linken/
Nordische Grüne Linke (GUE/NGL)

Rue Wiertz 47 | B-1047 Brüssel | Belgien
www.dielinke-europa.eu | V.i.S.d.P. Sylvia-Yvonne Kaufmann
Redaktionsschluss 31. Oktober 2008

Bildnachweis: Titelbild, S. 54 Nora Schüttpelz;
S. 2 istockphoto.com/Mike Bentley; S. 5, 8, 13, 19, 31, 32, 35, 40, 43, 59, 61 dpa;
S. 10, 23, 24, 44, 48, 52, 56, 68 panthermedia.net; S. 16 photocase.com/Hita ONE

Satz: Mediaservice GmbH | Druck: Druckhaus Schöneweide | Auflage: 10.000

„Die in den jeweiligen Beiträgen wiedergegebenen Meinungen und Einschätzungen sind Ansichten der jeweiligen Autoren. Dass unterschiedliche Ansichten und Positionen zu komplizierten Fragestellungen kritisch und kontrovers diskutiert werden, sollte für eine pluralistische Linke außer Frage stehen.“



GUE/NGL

Vereinte Europäische Linke/Nordische Grüne Linke
Parlamentsfraktion EUROPÄISCHES PARLAMENT

www.dielinke-europa.eu

